

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadiensf

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. Sept. 1930

Das Fiasko der "Entpolitisierung".

Int. Inst. voor
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Auch wenn man sich vor Verallgemeinerungen hütet, muss man schon sagen, dass das Bild, das der Leipziger Hochverratsprozess von dem Geisteszustand im Offizierskorps der Reichswehr enthüllt hat, höchst bedrohlich ist. Und es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn man feststellt, dass die jüngere Offiziersgeneration unserer Wehrmacht mit rechtsradikalen Anschauungen gründlich verseucht ist. Es mag wohl sein, dass die älteren und höheren Offiziere, mindestens vom Major, vielleicht auch zum Teil vom Hauptmann aufwärts, wesentlich reifer sind und vernünftiger urteilen als jener Nachwuchs an Leutnants und Oberleutnants, der den Weltkrieg im Knabenalter und das alte Regime überhaupt nicht mit politischem Bewusstsein erlebt hat. Jedenfalls zeigt das Auftreten nicht nur der Angeklagten, sondern auch vieler Offizierszeugen, dass die "unpolitische" Reichswehr in Wirklichkeit auf dem besten Wege ist, ein politisches Instrument der äussersten Reaktion zu werden. Noch bemühen sich die Führer der Wehrmacht dieser verhängnisvollen Entwicklung Widerstand zu leisten. Wir haben oft an Massnahmen oder Anschauungen des Reichswehrministers Groener und seiner engeren Mitarbeiter Kritik üben müssen. Umso freimütiger wollen wir anerkennen, dass die Leitung der Reichswehr in dem Falle, der in Leipzig verhandelt wird, korrekt und sogar energisch durchgegriffen hat, obwohl es ihr aus menschlich begreiflichen Gründen sicherlich nicht leicht gefallen sein dürfte. Überhaupt scheint es, dass die ältere Offiziersgeneration ehrlich auf dem Boden der Verfassung steht. Wobei es freilich auch manche bedenklichen Ausnahmen geben dürfte, wie es die Geistesverfassung des Ulmer Regimentskommandeurs, Oberst Beck, blitzartig enthüllt hat.

Indessen hat der Leipziger Prozess den Fehlschlag jenes Systems aufgedeckt das in dem Schlagwort der "Entpolitisierung der Reichswehr" seinen Ausdruck fand. Als Gessler nach dem Kapp-Putsch Reichswehrminister wurde und diese programmatische Parole ausgab, wurde sofort von sozialdemokratischer Seite der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass diese "Entpolitisierung" praktisch auf eine Entrepublikanisierung der Reichswehr hinauslaufen würde. Zahlreiche Vorkommnisse schon in den ersten Jahren liessen diese Befürchtung begründet erscheinen. Aber immer wieder wurde uns versichert, dass die Erziehung der Reichswehr zu einem zuverlässigen, verfassungstreuen Machtinstrument des Staates eine Aufgabe auf lange Sicht sei, die Jahre in Anspruch nehmen würde. Es sei gern anerkannt, dass die Reichswehr in der kritischen Periode von 1923, sowohl in München wie in Küstrin, rechtsradikalen Putschversuchen mit der Waffe entgegengetreten ist. Seitdem scheinen auch die meisten oberen und älteren Führer der Wehrmacht erkannt zu haben, dass die republikanische Staatsform die einzig mögliche ist und dass Deutschland als Republik und dank der Verständigungspolitik wieder eine ansehnliche Machtstellung in der Welt erlangt hat.

Auf den Offiziersnachwuchs aber hat die Entpolitisierung verheerende Folgen gehabt. Es fehlt ihm offenbar selbst das Mindestmass an politischen Kenntnissen, das man bei jedem erwachsenen Deutschen voraussetzen möchte. Der staatsbürgerliche Unterricht in der Reichswehroffiziersschule in Dresden muss ent-

weder unglaublich oberflächlich sein oder ausgesprochen einseitig reaktionär. Die Äusserungen der drei Angeklagten in Leipzig und auch mancher Zeugen sind von einer geradezu erschreckenden Einfältigkeit. Die Welt unterscheidet sich für sie zwischen "nationalen" Parteien und Verbänden und - den anderen. Was wissen die Scheringer, Ludien, Winzer usw. von der Sozialdemokratie? Höchstens, dass sie "international" ist, also, nach ihrer Logik, das Gegenteil von "national". Ausserdem ist sie "marxistisch". Was sich die Jungens unter Marxismus vorstellen, das mögen die Götter wissen, nachdem es das Gericht leider unterlassen hat, sie danach zu fragen und ihnen somit eine fürchterliche Blamage erspart hat. Die Reichswehr, so denken sie in ihrer primitiven Logik, ist dazu da, im Notfalle Krieg zu führen. Folglich müssen alle, die für eine Friedens- und Verständigungspolitik eintreten, "pazifistisch" sein, also Feinde der Wehrmacht. Beweis: die Ablehnung des Panzerkreuzers durch die Sozialdemokratie.

Dass der Internationalismus durchaus nicht im Gegensatz steht zum Nationalgefühl, dass der Pazifismus keineswegs identisch ist mit Wehrmachtfeindlichkeit, dass die Verständigungspolitik in Wirklichkeit weit mehr den Interessen des Vaterlandes entspricht als eine Politik der Revanche, dass der Marxismus eine wissenschaftliche Lehre ist, die auf wirtschaftlicher Grundlage beruht und die Probleme der Wehrmacht fast garnicht berührt, dass der Streit um den Panzerkreuzer weit mehr mit finanziellen und auch mit marinetechischen Argumenten als grundsätzlich geführt wurde - woher sollen das die jungen Offiziere wissen? Sie sind ja "entpolitisiert", es ist ihnen verboten, sich mit dem Wesen und den Zielen der Sozialdemokratie zu beschäftigen, denn das hiesse ja "Parteipolitik" treiben!

Und so ist es fast unvermeidlich, dass diese unaufgeklärten Leutnants dem schamlosen Missbrauch zum Opfer fallen, der mit dem Begriff "national" seit jeher, aber besonders seit der Revolution getrieben wird. Mit den "nationalen" Parteien, mit den "nationalen" Verbänden fühlen sie sich ganz natürlich verbunden, denn ein Offizier muss ja selbstverständlich national denken. National ist für sie vor allem Hugenberg, Hitler, Düsterberg, denn die bekämpfen ja am schärfsten die internationale Sozialdemokratie. National sind allein die Farben schwarz-weiss-rot, denn die Sozialdemokratie und das von ihr beherrschte Reichsbanner stehen zu Schwarzrotgold. Die Weimarer Verfassung wird durch die Sozialdemokratie gepriesen und geschützt, während die "nationalen" Parteien diese Verfassung bei jeder Gelegenheit verächtlich machen: folglich ist diese Verfassung nichts wert und der darauf abgelegte Offizierseid ist eine abgepresste Zweckmässigkeitssache, die man mit Freude im höheren Interesse des Vaterlandes vergessen soll, wenn die "nationalen" Führer wie Hitler und Hugenberg das Signal zum Putsch blasen. Die älteren Offiziere, die sich mit Weimar abgefunden haben, das sind eben die "Leisetreter", die "Bonzen", die keinen Schwung mehr haben und nur noch an die Sicherung ihrer Stellung denken: "Die Rangliste im Dritten Reich, die machen aber wir, und dann wehe all den Leisetretern".

Das ist die Mentalität, die der Leipziger Prozess offenbart hat, und sie scheint leider in der jüngeren Offiziersgeneration sehr stark verbreitet zu sein. Sie enthüllt das Fiasko der Entpolitisierung, wenigstens in der missverstandenen und zugespitzten Form, wie sie seit Jahren betrieben wird. Die Entpolitisierung ist -jedenfalls bei einem Berufsheer- ein an sich richtiger Gedanke: die Wehrmacht soll nicht Instrument der Parteipolitik, sondern des Staates sein. Aber die Entpolitisierung darf nicht in politischen Analphabetismus ausarten, wie das offenbar geschehen ist, denn dann wird die Reichswehr zum Spielball der schlimmsten nationalistischen Reaktion, zum Werkzeug jener, die am demagogischsten den Begriff "national" missbrauchen.

Staatsbürgerliche und staatspolitische Aufklärung der Reichswehr tut not. Sie kann und muss objektiv sein. Keine Parteipolitik, aber sachliche Aufklärung über das Wesen und über die Ziele der Parteien. Die bisherige Erziehungsmethode hat Schiffbruch erlitten. Wenn die Leitung der Reichswehr Wert darauf legt, dass die Kluft, die dieser Prozess zwischen dem Offizierskorps und den republikanischen Massen des Volkes aufgerissen hat, wieder schnell überbrückt werde, dann muss sie die Konsequenzen ziehen und unverzüglich mit der staatspolitischen Aufklärung der Reichswehr beginnen.

SPD. Der Kommunalpolitische Beirat der Sozialdemokratischen Partei nahm am 26. September in Dresden Stellung zu den Notverordnungen und den sich daraus für die Gemeinden und insbesondere für die sozialdemokratischen Kommunalvertreter ergebenden Konsequenzen. Wenn auch die Verhältnisse besonders in sozialpolitischer Hinsicht in den einzelnen Gemeinden ganz verschieden gelagert sind, so glaubte der Beirat doch, den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern eine allgemeine Richtschnur geben zu sollen. Der Standpunkt des Kommunalpolitischen Beirats kommt in folgender Formulierung zum Ausdruck :

"Der Kampf um die Verfassungsmässigkeit der Notverordnung muss im Reichstag, kann aber nicht in den Gemeinden ausgekämpft werden. Die offenkundige Notlage der Gemeinden zwingt zum Ausschöpfen der den Gemeinden zunächst eröffneten Einnahmequellen, soweit dies irgendwo vertretbar ist. Da es sich darum handelt, durch Bereitstellen der erforderlichen Mittel die Weiterzahlung der Wohlfahrtsunterstützungen, der Löhne und Gehälter zu gewährleisten, kann an der Möglichkeit der Erhebung der erhöhten Biersteuer und der Einführung der Gemeindegetränksteuer dort nicht vorbeigegangen werden, wo trotz äusserster Einschränkung die Zahlungsfähigkeit der Gemeinden nur durch neue Einnahmen gewährleistet werden kann; dagegen ist die Bürgerabgabe aus sozialen und verwaltungstechnischen Gründen abzulehnen."

SPD. Leipzig, 29. September (Eig. Drahtb)

Die Beweisaufnahme im Leipziger Hochverratsprozess steht vor dem Abschluss. Man kann nicht behaupten, dass sich die letzten Zeugenaussagen für die Situation der Angeklagten besonders günstig gestaltet haben. Dabei geben sich wahrhaft die meisten der Herrn Leutnants, die als Zeugen vernommen wurden, alle Mühe schwarz und weiss zu verwischen. Bis auf den letzten Belastungszeugen; den Leutnant Westhoff aus Eisenach, von dem auch die Meldung ausgegangen ist, die zur Aufdeckung der ganzen Affäre führte, haben sich die Herren Zeugen alles andere als klar und deutlich in ihren Aussagen erklärt. Man kann sich nur über die Festigkeit der Stimme wundern, mit der die Herren hinterher ihre Aussagen beedigen. Aber man kann sich in diesem Prozess, wie ja schon wiederholt festgestellt werden musste, über sehr vieles wundern, und es ist wirklich nicht einfach, hier stets ein kühler Berichterstatter zu bleiben.

Den fünften Verhandlungstag leitete der Vorsitzende mit einer in manchen Teilen beinahe komischen Erklärung ein: täglich bekäme er ein Dutzend Briefe, in denen für oder gegen die Angeklagten Stellung genommen werden würde; einmal heisst es, der Vorsitzende sei Jude oder Jude gewesen, woraus für ihn die Ehrenpflicht resultieren müsse, den Vorsitz niederzulegen und an Adolf Hitler abzugeben. Der Vorsitzende betont dazu, dass sowohl er als auch seine Richterkollegen in völlig überparteilicher und rein sachlicher Weise ernstlich bemüht seien in diesem Prozess Recht zu finden; das Publikum möge die Briefschreiberei einstellen, sie sei zwecklos.

Der Zeuge, mit dessen Vernehmung der ganze Vormittag hingehet, ist Leutnant Fürsen vom Artillerie-Regiment 2 in Stettin; er war Teilnehmer an der Berliner Besprechung mit Leutnant Löhr und Ludien im Rheingold. - Fürsen: "Es wurde davon gesprochen, es dürfe nicht dazu kommen, dass die Leute, die national wären, durch den Einsatz der Reichswehr zugrunde gehen und es dürfe nicht dazu kommen, dass die nationale Bewegung kaputt gehe." - Vorsitzender: "Im Protokoll steht, dass Ludien sie gebeten habe, dass sie ihm Namen zuverlässiger Leute besorgen mögen, die er an die Münchener Zentrale melden könne. Im Protokoll steht weiter: "Wir sollten nationalsozialistische Vertreter empfangen und uns orientieren lassen. Ich sollte das Offizierskorps für die Nationalsozialistische Partei interessieren und für diese Partei werben. Ich sollte die Mannschaft national erziehen, damit im Falle gewaltsamer Auseinandersetzungen sich die Reichswehr nicht gegen die Nationalsozialisten wende." Das

ist ihre Aussage nach dem Protokoll.

Fürsen: "Ich muss sagen, dass von einer Aufforderung zum Ungehorsam in keiner Weise die Rede gewesen ist. Aber der Soldat kommt dadurch natürlich leicht in einen Konflikt, dass auf der einen Seite die nationale Gesinnung steht und auf der anderen die Pflicht, der Obrigkeit zu gehorchen."

Vors.: "Für welche Stelle in München wollte Ludien denn ihren Namen haben?" - Fürsen: "Ich dachte für eine nationale Persönlichkeit." - Vors.: "Im Protokoll war von einer Zentrale die Rede." - Fürsen: "Da muss ich mich geirrt haben." - Reichsgerichtsrat Coenders (Beisitzer): "Einmal sprachen sie von Sicherungsmaßnahmen auf lange Sicht". Was heisst das?"

Fürsen: "Es kam darauf an, die Mannschaft dahin zu erziehen, dass sie national eingestellt und klar orientiert wäre, damit sie wüsste, auf wen geschossen werde. Der Soldat soll wissen auf wen er schießt. Denn es kann sein, dass diejenigen, auf die er schießt, genau so denken wie wir. Der Soldat muss innerlich wissen, auf wen er schießt. Im Ernstfall gibt es für mich nur eins: den Gehorsam gegen oben." - Vors.: "Jawohl und zurzeit der Besprechung mit Ludien?" - Fürsen: "Wir wollten, dass unsere Leute über die Ziele der einzelnen Parteien orientiert wären."

Vors.: "Wie so wurde nur von den Nationalsozialisten gesprochen?" - Fürsen: "Nur innerhalb der Offiziere. Es kam darauf an, festzustellen, wer mit den Nationalsozialisten in dem Ziel konform ginge, soweit es darauf ankommt, den Arbeiter für den nationalen Gedanken zu werben. Ludien hat mir gesagt, dass er einige Nationalsozialisten kenne." - Vors.: "Im Protokoll heisst es, dass sie den Eindruck gewonnen hätten, dass Ludien Beziehungen zur Nationalsozialistischen Partei unterhalte." - Fürsen: "Darauf kann ich mich nicht besinnen." - Vors.: "Wie stand Löhr zu der Sache?" - Fürsen: "Löhr war skeptischer als ich, weil er die Geheimhaltung der Gedankengänge für unmöglich hielt. Aber vielleicht hat Löhr die Sache falsch verstanden, als wir uns darüber unterhielten, wie man eine vaterländische Bewegung im Heere hervorrufen könne." - Vors.: "Was heisst vaterländische Bewegung ins Leben rufen?" - Fürsen: "Es kam darauf an, die Soldaten national zu erziehen, damit sie im Ernstfalle Deutschland vor Übergriffen von Osten und Westen schützen könnten; wir wollten nicht nur eine Polizeitruppe sein." - Vors.: "Dazu brauchte man doch nicht in Berlin zusammenkommen und stundenlang diskutieren." - Fürsen: "Es mag gewiss eine Überheblichkeit gewesen sein."

Vorsitzender: "Hat diese Überheblichkeit einen inneren Grund und ein bestimmtes Ziel?" - Fürsen: "Das Ziel war Werbung für den vaterländischen Gedanken. Das Ziel war ausserdem, die Truppe fest in die Hand der Führer zu bringen. Das Offizierskorps sollte für die nationalsozialistische Idee geworben werden; für die Idee der Wehrhaftigkeit und für die Werbung bei der Arbeiterschaft."

Vors.: "Es scheint als ob Sie immer national und nationalsozialistisch zusammenwerfen." - Fürsen: "In mir entspann sich ein Konflikt zwischen Person und Sache. Deshalb wandte ich mich vertrauensvoll an meinen Kommandeur, mit dem ich befreundet war. Mein Kommandeur erbat sich Bedenkzeit und sagte mir dann, dass er die Sache für unwesentlich halte, und hielt die Angelegenheit für erledigt. Aber einige Zeit später teilte mir mein Kommandeur mit, dass, falls etwas an der Sache wäre, er sich einen Vermerk in meine Personalakten machen wolle. An Ludien schrieb ich vor dieser Unterredung, dass ich den von uns besprochenen Weg auf die Dauer für falsch halte. Ich sagte, dass ich alle Zusicherungen zurücknehme. Ich lehnte jede Beteiligung ab. Ich hatte eingesehen, dass auf diese Weise das Werk des Herrn v. Seeckt kaputt gemacht werden würde, und dass auf diese Weise eben doch politische Parteien Einfluss auf das Heer gewinnen könnten." - Vors.: "Hat Sie Ludien gebeten, Namen zu nennen, die für nationalsozialistische-Propaganda in Frage kämen?" - Fürsen: "Ich sollte ihm Namen von Offizieren, die ähnlich eingestellt seien wie wir, mitteilen." - Vors.: "Um sie an die Zentrale nach München zu nennen?" -

Fürsen: "Ich verstand unter nationalsozialistischer Propaganda nur Aufklärung für diese Partei." - Vors.: "Aber Ludien wollte die Namen jedenfalls nach München melden?" - Fürsen: "Jawohl." - Vors.: "Im Protokoll steht, dass Sie den Eindruck hatten, dass Ludien auch in anderen Orten werben wolle." - Fürsen: "Wenn es im Protokoll steht, muss es wohl so sein." - Vors.: "Wann haben Sie angegeben, dass Sie die Briefe, die Sie von Ludien bekamen, verbrannt haben?" - Fürsen: "Ich habe das getan, weil mit Briefen von Offizieren in letzter Zeit erheblicher Unfug getrieben wird." - Vors.: "Und was war nun ganz positiv der Inhalt Ihrer Berliner Unterhaltung?" - Fürsen: "Es dürfe nicht dazu kommen, dass die letzte nationale Regung durch die Reichswehr unterdrückt werden würde. Wir konnten uns denken, dass es dazu kommen könnte, dass die Regierung die Reichswehr gegen eine nationale Bewegung einsetze." - Vors.: "Was sollte dann geschehen?" - Fürsen: "Was geschehen sollte, wurde nicht besprochen. Es wurde nur besprochen, dass es nicht dazu kommen dürfe, und dass diese Bewegung nicht durch die Reichswehr vernichtet werden dürfe."

Vorsitzender: "Hat Ludien gesagt, wer noch hinter der Bewegung steht?" - Fürsen: "Ludien sagte, dass noch andere Offiziere dächten wie er." - Rechtsanwalt Sack: "Haben Sie mal über die Wehrprobleme anderer Parteien nachgedacht?" - Fürsen: "Wir sprachen auch über die anderen Parteien, aber dann über die, die uns am nächsten standen." - Rechtsanwalt Sack: "Haben Sie sich, Herr Zeuge, Gedanken darüber gemacht, dass es zu einem Konflikt des Militärs kommen könne, wenn die regierungsbildenden Parteien eine Politik in der Reichsregierung betreiben, die dem Wehrgedanken des Soldaten widerspricht?" - Fürsen: "Ich war mir darüber klar, dass der Soldat in Konflikt kommen muss, wenn der Geist der Reichswehr bestimmt wird durch eine Regierung, deren Geist beeinflusst wird durch die Majorität, d.h. durch die stärkste Partei. Wenn diese stärkste Partei u.a. auch internationale Gedanken verfolgt, d.h. Gedanken, die anders sind, als vaterländisch und national, so kann es dazu kommen, dass das Heer seiner eigentlichen Bestimmung entzogen wird. Es liegt im System. Ich musste im übrigen feststellen, dass wir mehr und mehr Polizeitruppe als Vaterlandsverteidiger geworden waren." - Rechtsanwalt Sack: "Haben Sie sich einmal darüber Gedanken gemacht, dass das Portefeuille des Reichswehrministeriums an einen Minister kommen könne, dessen parteipolitische Einstellung gegen den gesunden Geist der Wehrhaftigkeit gerichtet ist?" - Fürsen: "Diese Möglichkeit besteht."

Nunmehr verlangte Major Theissen, der Sachverständige des Reichswehrministeriums das Wort zu einer Erklärung: "Der Zeuge sagte, dass es darauf ankäme, festzustellen, wer bei den Offizieren vaterländisch eingestellt sei. Diese Erklärung könnte den Eindruck erwecken, als ob die Masse des Offizierskorps nicht vaterländisch eingestellt ist. Ich muss im Interesse des Offizierskorps hier widersprechen. Ich wiederhole, dass die ganze Wehrmacht den landläufigen Pazifismus ablehnt. Ebenso lehnt die ganze Wehrmacht den Internationalismus ab und muss ihrem inneren Wesen nach national denken und fühlen. Zum Begriff der Verwendbarkeit als Polizeitruppe ist zu sagen, dass wir in erster Linie zum Schutz der Grenzen da sind, wenn es irgend einem Feinde einfallen sollte, über die Grenzen einzufallen.... Ich kann verstehen, dass durch die Art, wie der Ulmer Sonderbefehl erlassen wurde, sich junge Offiziere gekränkt fühlen konnten. Aber der Grundpfeiler der Disziplin ist, dass die Befehle ausgeführt werden. Wir versuchen Verständnis für die Befehle zu erzielen. In der Tatsache, dass Konflikte entstehen, sehe ich die Wirkung einer zersetzenden Propaganda..."

Rechtsanwalt Sack: "Können diese Gedanken der jungen Offiziere nicht aufgefasst werden als Reaktion auf die Gedankengänge, die dadurch entstehen, dass sie bestimmte Befehle von höherer Stelle nicht verstehen?" - Major Theissen: "Ich meine, dass es zersetzende Tätigkeit ist, wenn sich die Angeklagten in andere Garnisonen begeben haben, um die Konflikte zu lösen. Die Angeklagten hätten sich aufklären lassen und beschweren können." - Rechtsanwalt

Sack: "War dem Reichswehrministerium der Konfliktstoff bekannt?" - Major Theissen: "Jawohl. Dem abzuhelfen wurden die Divisionskommandeure zusammen-gerufen und bekamen den Auftrag, aufklärend zu wirken. Auch verschiedene Verfügungen sind ergangen, die sich über die politische Zersetzungsarbeit aus-lassen." - Rechtsanwalt Frank bezeichnet die Verfügungen des Reichswehrmini-steriums als "Elaborate" und richtet im übrigen an den Zeugen Leutnant Fürsen die Frage, ob die Stimmung im Offizierskorps heute anders sei. - Fürsen: "Die Stimmung ist heute wie damals."

Major Theissen: "Ich kann dazu sagen, dass der Reichswehrminister mit al-len Mitteln gegen die Zersetzung von rechts und links vorgeht. Eines der Mittel ist, dass derjenige, der Zersetzungsarbeit anzeigt, eine Belohnung in Form einer Uhr erhält. Wir werden der Zersetzung nicht Herr, wenn wir nicht eine Belohnung aussetzen." - Rechtsanwalt Sack: "Ist es nicht Aufgabe, auch der Zersetzungsarbeit von einer der regierungsbildenden Parteien entgegenzutreten?"

Major Theissen: "Gegen jede Zersetzungstätigkeit muss vorgegangen werden. Der Chef der Heeresleitung und der Chef der Marineleitung sind dem Minister für die Schlagkraft des Heeres verantwortlich." - Als Rechtsanwalt Sack aus dem Zeugen Fürsen die Antwort herausholen möchte, dass die jungen Offiziere nur gefürchtet hätten, dass die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürsen mit einem "Jawohl!" geantwortet hatte, erklärt Major Theissen: "Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, dass ein Feind, der wagt die Gren-zen anzugreifen, zurückgeschlagen wird, selbstverständlich auch, wenn es sich um die Polen handelte. Aber man kann nicht immer alle Pläne in allen Einzelheiten nach unten bekannt geben."

Nach längerem Verhör und nachdem auch Ludien sich noch kurz darüber be-schwert hat, dass die SPD kein Verständnis für die Manöver der Reichswehr habe und nachdem Ludien fernerhin den Militärphilosophen Clausewitz zitiert hat, um zu beweisen, dass sich sein persönlicher Nationalismus mit dessen Nationa-lismus decke, wird der Zeuge Leutnant Fürsen vereidigt.

Oberleutnant Westhoff aus Eisenach ist von Scheringer besucht worden. Nach den Einzelheiten dieses Besuches befragt, antwortet Westhoff: "Scheringer brachte zum Ausdruck, es müsse dafür gesorgt werden, dass der Kurs der Reichs-wehr mehr nach rechts gehe. Ich fragte, was ich in der Sache machen sollte. Scheringer antwortete, dass ich Vertrauensmann und Mittelsmann für Thüringen sein sollte. Er hätte, sagte er, auch Vertrauensleute in anderen Garnisonen. Auf den Stahlhelm könne man nicht rechnen. Aber der Name des Herrn von Pfeffer ist bei der Unterredung gefallen. Als ich dadurch stutzig gemacht fragte, ob die Nationalsozialisten hinter der Sache stünden verneinte Scheringer. Er sag-te ferner, es solle in der Sache nach Möglichkeit kein Brief geschrieben wer-den, weil sonst gleich alles herauskäme. Ich nahm Scheringer nicht für ernst, war mir aber doch darüber im klaren, dass es eine Unmöglichkeit für einen jungen Offizier sei, dass er die Truppe in so einer Weise wie Scheringer es vorhatte, zu beeinflussen versuchte. Ich lehnte krass ab und glaubte, dass auch er nun seine Hand von der Sache lasse. Hätte ich gewusst, wie ernst Scheringer bei seiner Sache war, hätte ich ihn festnehmen lassen und hätte die Sache gemeldet. So warnte ich nur vor einer Aktion, von der ich glaubte, dass sie allen beteiligten Offizieren die Stelle kosten könnte. Ich meldete dann einen Tag oder zwei Tage später vertraulich meinem Regimentskommandeur die Sache, der sie weiterleitete. Ich selbst habe weitere Meldungen erst auf Befehl gemacht. Der Bataillonskommandant beurteilte die Angelegenheit sehr ernst; sie wurde dann weitergegeben und kam schliesslich auch zum General-oberst von Heye, der mir untersagen liess, mich mit Scheringer noch irgend-; wie in Verbindung zu setzen - ich habe das tun wollen." - Waenker - auch die-
- ser Teil der ganzen Affäre wird durch die Vernehmung des Zeugen Oberleutnant Westhoff geklärt - ist nach Ulm gefahren und hat dort eine Haussuchung bei Scheringer veranlasst und Scheringer vernommen. General von Waenker hat dann

seinen Bericht gemacht, an dessen Schluss es heisst, dass er eine weitere Untersuchung des Falles im Hinblick auf seine grosse Bedeutung für nötig halte.

Westhoff ergänzt: "Leutnant Wendt kam zu mir und bat mich zu sagen, dass ich bei einer Vernehmung durch Waenker nicht erzählen wolle, dass ich durch die Vermittlung von Scheringer für Thüringen als Mittelsmann aufgestellt werden sollte. Wendt bemerkte schliesslich: ihm sei es egal, wenn die Sache auffliege, er habe seinen Abschied eingereicht, aber Scheringer sei es nicht egal: er schiesse vorher noch einen anderen und dann sich selbst über den Haufen. Ich konnte diese Bemerkung nicht ernst nehmen. Im übrigen hat Wendt noch erklärt, dass Scheringer und Ludien sich umgestellt hätten und mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben wollten."

Leutnant Westhoff ergänzt seine Aussagen auf Befragen noch wie folgt: "Es sollte die Ansicht des notwendigen Riegels gegen Links unter uns jungen Offizieren und später unter den Mannschaften verbreitet werden. Dann wollte man an die älteren Herren herantreten und ihnen sagen, wie die Truppe dächte. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass es zu einem italienisch-französischen Konflikt käme, und dieser Zeitpunkt sollte dann dazu benutzt werden, den Kurs im Heer nach rechts zu drehen."

Der Angeklagte Scheringer erklärte dazu, dass er die Äusserungen inbezug auf den möglichen italienisch-französischen Konflikt so gemeint habe, dass ein solcher Konflikt wohl gleichzeitig die aktuelle Gelegenheit zu einem Befreiungskampf abgeben würde: "Der Soldat weiss im übrigen genau, dass die Reichswehr so wie sie jetzt ist, nicht einmal in der Lage wäre, einen gross angelegten kommunistischen Aufstand niederzuwerfen. Wir waren uns darüber im klaren, dass die Reichswehr einen Rückhalt im Volke haben musste, und zwar bei den Teilen des Volkes die national eingestellt seien. Die Armee muss daher nicht nur nationalistisch, sondern auch sozial denken, weil sie an die Arbeiterschaft herankommen müsse und weil gerade von sozial die Rede ist. Wieso sind die Beförderungsverhältnisse für die aus dem Mannschaftsstand hervorgegangenen Offiziere so schlecht? Es heisst in den Berufspflichten: dem Soldaten steht aufgrund seiner Leistungen der Weg bis zu den höchsten Stellen in der Reichswehr offen. Das ist nicht wahr!"

Anschliessend werden die bisher noch nicht vereidigten Zeugen von Pfeffer, Weiss, Wagner und Hauptmann Jäger vereidigt. Schliesslich gibt der Vorsitzende die weiteren Prozessdispositionen bekannt: Dienstag findet keine Verhandlung statt. Für Mittwoch und Donnerstag sind die Plädoyers vorgesehen. Das Urteil dürfte am Freitag abend gesprochen werden.

SPD. Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtags ist bis auf die beiden demokratischen Minister in Preussen, die Abgeordneten Höpker-Aschoff und Schreiber, gegen die Auflösung der Demokratischen Partei, wie sie der Vorstand der Demokraten demnächst auf einem ausserordentlichen Parteitag beschliessen lassen möchte. Inzwischen hat sich der demokratische Parteivorstand nochmals mit dem Verhältnis der Demokraten zu ihrem eigenen Kinde, der Staatspartei, beschäftigt und beschlossen "die Verhandlungen" wegen der Konstituierung der Staatspartei fortzusetzen. Im Lager des "Jungdo" hat dieser Beschluss stark verschnupft. So schreibt der "Jungdeutsche":

"Der Wunsch des Parteivorstandes in allen Ehren - aber von Verhandlungen oder deren Fortsetzung zwischen der Staatspartei und der Deutschen Demokratischen Partei ist uns bisher nichts bekannt gewesen. Da die Staatspartei keine Fusion zwischen der Demokratischen Partei und anderen Gruppen ist, lag ja auch keine Veranlassung zu solchen Verhandlungen vor. Es ist darum befremdlich, dass der Parteivorstand anstatt den Parteitag zur Beschlussfassung über die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei einzuberufen, Verhandlungen wünscht, für die eine Basis gar nicht gegeben ist, und dass

darüber hinaus der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei nach dem Beschluss des Parteivorstandes einberufen werden soll zur Beschlussfassung, ob er dem Ergebnis dieser Verhandlungen zustimmen will oder nicht. Anders kann man doch wohl den Beschluss des Parteivorstandes nicht auslegen, ein Beschluss, in dem nichts von Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei steht... Wir können nur nochmals betonen, dass unsere Mitarbeit in der Deutschen Staatspartei nur unter der Voraussetzung denkbar ist, dass eine lebendige erneuerungswillige Staatsbürgerbewegung auf der Grundlage einer wahren Selbstverwaltung geschaffen wird, die das Gegenteil von der Fusion alter Parteiapparate und alter Anschauungen ist."

In dem Ausgang der Wahl für die Staatspartei haben beide Partner dieses Gebildes, d.h. die Demokraten und die Mahraunleute ein Haar gefunden. Man kann es deshalb verstehen, dass hüben wie drüben starke Kräfte zur Lösung der kaum 8 Wochen dauernden Ehe am Werke sind. Die einen sehen in einer endgültigen Vereinigung mit dem "Jungdo", die anderen in einer Verbrüderung mit den Demokraten den Untergang ihrer bisher noch selbständigen Organisation. Die Frage aber ist, wer soll die Kosten der jungen Ehe, die Ausgaben für die Wahlen etc. tragen? Als man sich vor wenigen Wochen vermählte, hat eine den Demokraten nahestehende Organisation nicht unerhebliche Druckschulden des "Jungdo" gestrichen und dadurch die Geneigtheit dieser Organisation zum Zusammenschluss nicht unerheblich gefördert. Und jetzt? Damals lautete die Frage: Wer prellt wen und wie? Das ist auch jetzt noch so, ob die junge Ehegemeinschaft in die Brüche geht oder nicht.

SPD. Paris, 29. September (Eig. Drahtb.)

Tardieus Sonntag-Rede in Alencon hat die französischen Blätter schwer enttäuscht. Nach der Anwesenheit Millerands hatte man geglaubt, dass Tardieu die Gelegenheit wahrnehmen werde, um sich von Briands loszusagen. Stattdessen versicherte Tardieu nur wieder, dass die seit Jahren immer wieder vom Parlament gebilligte Aussenpolitik des Friedens und der Versöhnung fortgesetzt werden würde. Er gab zwar in deutlicher Anspielung auf den Wahlausfall in Deutschland zu, dass diese Politik im einzelnen Korrekturen erfahren könne, betonte aber dafür noch einmal, dass sie in ihren grossen Linien unverändert bleiben werde. Sehr begeistert klingt dieses Bekenntnis zur Politik Briands zwar nicht, aber es lässt doch zumindestens deutlich erkennen, dass Tardieu vielleicht schon aus der Sorge um die Existenz seines Kabinetts heraus nicht gesonnen ist, sich von Briand zu trennen.

Angeichts dieser Situation dürfte die grosse Interpellationsdebatte über die allgemeine Politik der Regierung, mit der die Herbsttagung des Parlaments eingeleitet werden wird, zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Tardieu und einem Teil seiner Rechtsmehrheit führen. Wiederum ist es der Abgeordnete Franklin-Bouillon, der den Angriff gegen die "bankerotte Politik von Locarno" führen wird. Die Gruppe Marin, jene etwa 100-Mann starke Fraktion vom rechten Flügel der Tardieu-Mehrheit hat ihm dazu ihre volle Unterstützung zugesagt. So wird Tardieu genötigt sein, gegen seine eigene Partei zu kämpfen zur Rettung der Politik Briands, was er selbst vielleicht nicht mehr mit voller Überzeugung, sondern nur noch aus parlaments-taktischen Erwägungen heraus tut. Die Situation verspricht recht kritisch zu werden, zumal für die Linksparteien sich die Gelegenheit bieten wird, das sozialreaktionäre Kabinett Tardieu zu Fall zu bringen. Die Verlockung mag für sie sehr gross sein, der innerpolitischen Reaktion der Herrschaft Tardieus ein Ende zu machen, aber sie wird es sich wohl doch sehr überlegen, ob es gerade die Versöhnungspolitik Briands sein muss, die das Schlachtfeld herzugeben habe. Das umso mehr, als die

Entwicklung der beiden letzten Jahre längst den Beweis erbracht hat, dass in der Kammer mit einer Mehrheit für ein Linkskabinett nicht zu rechnen ist, sodass auf das Ministerium Tardieu im besten Falle eine Regierung der Konzentration, das heisst der versteckten Reaktion, folgen könnte.

SPD. Antlich wird mitgeteilt: "Nachdem sich herausgestellt hat, dass trotz des im Art.III des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Vermahlung von Inlandweizen vom 24.Juli 1930 angeordneten Handels mit Brot nach festem Gewicht das Brot wie bisher nicht nach festem Gewichte verkauft wird, hat der Preussische Landwirtschaftsminister die Ortspolizeibehörden angehalten, auf Grund der §§ 73 und 74 der Gewerbeordnung des Deutschen Reiches in Verbindung mit Art.III des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Vermahlung von Inlandsweizen Polizeiverordnungen zu erlassen, durch die angeordnet wird, dass Brot im Gewicht über 250 g nur nach festem Gewichte verkauft werden darf."

SPD, Solingen, 29.September (Eig.Drahtb.)

Das Solinger Schöffengericht verurteilte am Montag den vor Monaten zum Oberbürgermeister gewählten, aber nicht bestätigten kommunistischen Führer und Stadtverordneten Hermann Weber zu 400 Mark Geldstrafe. Die Verurteilung erfolgte wegen Beleidigung des kommissarischen Bürgermeisters Brisch und des Beigeordneten Schneider sowie wegen Nötigung zur Unterlassung von Amtshandlungen, die in der Bedrohung Brischs mit einem Wasserglas und anderen Drohungen gesehen wurde.

Etwa 500 Kommunisten beabsichtigten die Gerichtsverhandlung zu stören, indem sie in den Sitzungssaal einzudringen versuchten. Schutzpolizei schritt ein und drängte die Kommunisten mit dem Gummiknüppel zurück.

SPD. Das Reichskabinett hat am Montag seinen anfänglichen Beschluss auf Umwandlung des Notopfers von $2\frac{1}{2}$ Prozent in eine Reichshilfe von 5% fallen gelassen und stattdessen eine generelle Gehaltskürzung in Höhe von 6 Prozent beschlossen. Ein Antrag auf 10-prozentige Kürzung wurde abgelehnt.

Am Dienstag findet zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun eine Unterredung über die politische Lage statt.

Am Dienstag-Nachmittag wird der preussische Finanzminister dem preussischen Kabinett ein umfangreiches Programm über Einsparungen am preussischen Etat etc. unterbreiten.

SPD. Wien, 29.September (Eig.Drahtb.)

Am Montag haben die Heimwehrführer bei den Grossdeutschen und Landbündlern im Sinne eines Eintritts in die Regierung interveniert. Die Grossdeutschen erklärten, es liege ein Beschluss gegen den Eintritt in die Regierung vor, an dem auch die Dienstag-Sitzung der Reichsparteileitung nichts ändern werde. Wie es neuerdings heisst, ist ein Teil der Landbündler für den Eintritt in die Regierung. Da aber selbst mit den Landbündlern eine Regierungsmehrheit nicht zu erreichen ist, hält man in parlamentarischen Kreisen die Auflösung des Parlaments nach wie vor für unvermeidlich.

SPD. London, 29. September (Eig. Drahtb.)

Im Alter von 73 Jahren verlässt am 1. Oktober der deutsche Botschafter in London Dr. Sthamer den diplomatischen Dienst, um in seine Hamburger Heimat zurückzukehren.

Dr. Sthamer war als erster Nachkriegs-Botschafter nach London gekommen. In stiller Klugheit verstand es dieser mit seltener Vornehmheit ausgestattete Mann, sich die Hochachtung und Wertschätzung der gesamten englischen Öffentlichkeit zu erringen. In allen Parteilagern und in der Diplomatie wird das Scheiden Sthamers sehr bedauert. Wie sein Landsmann, unser leider so früh verstorbener Dr. Köster, hat auch Sthamer den Begriff des "Fachmannes" gründlich widerlegt. Ohne diplomatische Berufskarriere ist Sthamer, den die Republik auf seinen Posten stellte, ein Botschafter gewesen, wie sie Deutschland überall zu wünschen wären. In welcher Art der Scheidende seine Aufgabe erfüllt hat beweist die englische Presse, aus deren Abschiedsartikeln wir den "Daily Herald", das Blatt der Labour Party zitieren, der u.a. schreibt :

"Vor zehn Jahren kam Sthamer als "ehemaliger feindlicher Ausländer" nach England, dessen Kriegswunden immer noch bluteten. Er kam, sah und siegte - der Sieg des Friedens. Dass er nach London geschickt wurde war ein Meistergriff von grosser historischer Bedeutung. Sthamer hat nicht nur seine Pflichten für sein Vaterland erfüllt, sondern auch für die Menschheit."

SPD. Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags zur Prüfung der Misswirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung setzte nach der Sommerpause am Montag seine Arbeiten fort. Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme eines Berichts des Berichterstatters über die Konten des Oberbürgermeisters Dr. Böss.

In nichtöffentlicher Sitzung erhob der erschienene Oberpräsident Dr. Maier mit allem Nachdruck und Ernst Bedenken dagegen, dass der Untersuchungsausschuss gleichzeitig mit dem Senat des Obergerichtes, der in nichtöffentlicher Sitzung über die Berufung des Oberbürgermeisters verhandle, denselben Fragenkomplex erörtere. Es sei die Auffassung des gesamten Senates, mit der er sowohl als auch der preussische Innenminister sich identifiziere, dass eine öffentliche gleichzeitige Verhandlung sowohl die sachliche Urteilsfindung als auch mit Rücksicht auf die unausbleibliche Presseberichterstattung, gegen die der Angeschuldigte wehrlos sei, die Freiheit der Verteidigung desselben beeinträchtige. Der Ausschuss entsprach jedoch nicht dem berechtigten Wunsche des Oberpräsidenten und des Obergerichtes und lehnte mit Stimmengleichheit die Vertagung der Verhandlung bis nach dem am Dienstag zu fällenden Urteil ab.

Berichterstatter Abg. Koennicke (Dtn) gab hierauf in öffentlicher Sitzung einen ziemlich vierstündigen Bericht aus den Akten. Daraus geht hervor, dass die Staatsanwaltschaft in umfangreichen Begründungen Einstellungsbeschlüsse auf zum Teil anonyme Anzeigen gegen Dr. Böss, die diesem Bestechung durch Entgegennahme von Geldern, Gewährung freien Sommeraufenthalts durch Kommerzienrat Elsner, Teilnahme von Gelagen bei Sklareks, den bekannten billigen Pelzkauf durch seine Frau etc. vorwerfen, gefasst hat. Alle diese Dinge hat der Ausschuss schon vielfach erörtert. Aber wie berechtigt die Bedenken des Oberpräsidenten waren, geht z.B. aus der Tatsache hervor, dass im Zusammenhang mit dem Pelzkauf auch die Namen zweier Frauen genannt wurden, die in den Akten als Freundin und Geliebte des Oberbürgermeisters bezeichnet wurden, und deren Namen damit - völlig unbewiesen - in den Dreck getreten sind. Auch die Wiederaufrollung der Grundstückskäufe durch den inzwischen verstorbenen Stadtrat Busch aus den Akten der Staatsanwaltschaft brachte nichts wesentlich neues.

Einen breiten Raum in der Darstellung des Berichterstatters nahmen die Fonds des Oberbürgermeisters zur Förderung von Spiel und Sport, Kunst und zu

wohltätigen Zwecken ein. Diese Fonds sind z.T. aufgefüllt worden aus Beiträgen von städtischen Gesellschaften, der Funkstunde und Lieferfirmen der Stadt Berlin. Namhafte Beträge sind dabei von den städtischen Gesellschaften abgeführt worden. Auch die Frau des Oberbürgermeisters hat zu wohltätigen Zwecken von allen möglichen Stellen Beträge angenommen, über deren Verwendung keine Quittungen vorhanden sein sollen. An Spenden haben sich beteiligt sehr bekannte Berliner Firmen, wie Borsig, Zeidler & Wimmel, Bechstein, die sich in ihren Schreiben auf die angenehme Geschäftsverbindung mit der Stadt berufen.

Niemand wird behaupten wollen, dass die Haltung des Oberbürgermeisters durchaus einwandfrei war, wenn Nadeln und Platten des zur Dienstwohnung gehörigen Grammophonapparates auf Kosten des Schillerfonds beschafft wurden. Es ist nicht richtig, wenn er als Aktennotiz auf das Schreiben einer Firma, die sich zu Lieferungen anbietet und Spenden in Aussicht stellt, vermerkt: Bitte erst abzuwarten! Das alles ist kleinlich und überaus töricht.

Man wird sich auch sicher auf den Standpunkt stellen müssen, dass die Entgegennahme von Spenden für alle auch noch so aner kennenswerten Fonds von Lieferfirmen der Stadt gefährlich ist. Dabei wäre aber auch zu untersuchen, ob solche Fonds die ureigenste Erfindung des Oberbürgermeisters sind, oder ob nicht vielmehr solche Praktiken einer gewissen - durchaus nicht einwandfreien Tradition entsprechen, die in vielen grösseren Gemeinden üblich ist. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob jetzt durch das Aufwühlen aller dieser Dinge ein Mann zu Tode gehetzt werden soll, der schliesslich nur dasselbe tat, was höchste Staatsstellen und Fürstlichkeiten im alten Regime für selbstverständlich hielten. Man denke nur an den Kirchenbaufond der früheren Kaiserin und frage einmal alle noch vorhandenen Kommerzienräte, was ihnen ihr Titel durch Spenden an gewisse von allerhöchster Stelle verwalteten Fonds gekostet hat.

Nächste Sitzung des Ausschusses Dienstag-Vormittag 10 Uhr.

SPD. Der Reichswahlausschuss stellte am Montag mittag unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, Geheimrat Wagemann, das endgültige Ergebnis der Reichstagswahlen fest. Neben den 34 956 723 gültigen Stimmen sind 267 741 ungültige abgegeben worden.

In der Sitzung wandten sich die Abgg. Dittmann (Soz) und Laverrenz (Dntl) gegen die Art der Verteilung der Reststimmen bei dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Konservativen, des Landvolks und der Hannoveraner. Diese Verrechnung entspreche nicht dem Sinn und dem Geist des Wahlgesetzes, das verlange, dass zunächst ein Mandat in einem Wahlkreisverband erreicht werde, ehe ein weiteres auf der Reichswahlliste hinzutrete. Präsident Wagemann stellte fest, dass hier eine Lücke im Wahlgesetz vorliege, das kein direktes Verbot eines solchen Zusammengehens enthalte. Es wurde angekündigt, dass sich auch das Wahlprüfungsgericht mit dieser Frage beschäftigen werde.

SPD. Zürich, 29. September (Eig. Drahtb.)

Die Anklagekammer des Bundesgerichts hat heute den antifaschistischen Flieger Başcanesi, der seinerzeit den Propagandaflug nach Mailand unternahm und eine Reihe mehrere andere beteiligte Personen, wegen Vergehens gegen die Luftverkehrsordnung in den Anklagezustand versetzt. Die Angeklagten sind dem Bundesstrafgericht zugeführt worden.

SPD. Tokio, 29. September (Eig. Drahtb.)

In einer Fabrik in Tokio sind am Montag wegen Lohnerdifferenzen 2000 Textilarbeiterinnen in den Ausstand getreten. 200 Polizisten sollten die vor den Fabrikatoren demonstrierenden Frauen auseinandertreiben. Sie wehrten sich jedoch und nahmen sechs Polizisten gefangen. Polizeilichen Verstärkungen gelang es später die Festgehaltenen zu befreien.

SPD. Am Montagabend ist es zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahnerorganisationen zu einer Verständigung gekommen, wonach sich die Reichsbahngesellschaft verpflichtet, bis zum 31. März 1931 in der Bahnunterhaltung und in den Reichsbahnausbesserungswerken planmässige Entlassungen im grösseren Umfang zu vermeiden. Dagegen haben die Organisationen für die Bahnunterhaltungsarbeiter für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1930 eine Arbeitszeitverkürzung von 9 auf 8 Stunden pro Tag und für den Monat Oktober und für den Monat November eine Feierschicht von 8 Stunden zugestanden. Weiter wird für die Arbeiter der Reichsbahnausbesserungswerke für die Monate Oktober, November und Dezember die Arbeitszeit von $8\frac{1}{2}$ auf 8 Stunden pro Tag festgesetzt. Daneben sollen in diesen Monaten 5 Arbeitsschichten mit 40 Arbeitsstunden, möglichst auf alle Arbeiter gleichmässig verteilt, ausfallen.

Dem Eingreifen der Organisationen ist es also gelungen, den geplanten Personalabbau bei der Reichsbahngesellschaft zu verhindern. Der geplante Abbau hätte ungefähr 12 500 Personen betroffen.

SPD. Zürich, 29. September (Eig. Drahtb.)

Der schweizerische Bundesrat hat einstimmig beschlossen, dem italienisch sprechenden Kanton Tessin eine jährliche Subvention zur Wahrung und Förderung seiner kulturellen und sprachlichen Eigenart zu gewähren. Der Hauptteil der Summe wird zum Ausbau des Schulwesens bestimmt.

In diesem Beschluss ist eine Abwehrmassnahme gegen die faschistische Propaganda zu erblicken, die an das Nationalbewusstsein der italienisch sprechenden Tessiner Bevölkerung appelliert. Der Bundesrat erklärt in seiner Vorlage an das eidgenössische Parlament, es gelte nicht nur einen Akt der Gerechtigkeit gegenüber dem italienischen Stamm der Schweiz zu vollbringen, sondern auch der Welt ein beachtenswertes Beispiel weitblickender Minoritätenpolitik zu bieten.

SPD. Genf, 29. September (Eig. Drahtb.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes hat am Montag sämtliche bisher abgeschlossenen Kommissionsberichte einschliesslich der Entschliessungen ohne Debatte angenommen. Zu vermerken ist insbesondere die Annahme der Finanzhilfe im Kriegsfalle oder bei Kriegsgefahr. Ihre Ratifikation soll bis März 1931 erfolgen. Ihr Inkrafttreten wird jedoch abhängig gemacht von einem allgemeinen Abrüstungsabkommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Blümel & Co.

Ein Falschspieler=Veteran gastiert in Berlin=Moabit.

SPD. Moabit braucht Abwechslung. Während einige Säle weiter über den tapferen Joseph Goebbels Gericht gehalten werden soll, der immer dann, wenn er zur Verantwortung gezogen wird, mit einer mysteriösen Magenerkrankung in Erscheinung tritt, verhandelt das Schöffengericht Berlin=Mitte unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Marquardt gegen einen gewissen Blümel, von dem die sagenhafte Mär geht, dass er sein sonniges Dasein seit mehr als 20 Jahren vom Falschspiel, und nur allein von ihm, fristete. Neben Blümel stehen noch eine Anzahl anderer Herren vor Gericht, die dem bravouräsen Falschspieler in freundlicher Weise assistiert haben. Sechs Rechtsanwälte sind aufmarschiert, um ihre schützende Hand über Blümel und Genossen zu halten, die sämtlich ihre Schuld bestreiten. Welchen Umfang dieser Prozess annehmen wird, lässt sich daraus ersehen, dass das Schöffengericht Berlin=Mitte für den komplizierten Fall eine eigene Sonderabteilung ins Leben gerufen hat.

Herr Blümel erscheint nicht.

Als dies Moabiter Grossschauspiel am Montag beginnen soll, stellt sich zu allgemeinem Erschrecken heraus, dass Herr Blümel, immerhin die markanteste Erscheinung im Kreis der Angeklagten, nicht zur Stelle ist. Dabei trifft die Schuld nicht einmal den Angeklagten, der vielleicht ganz gern vor Gericht den Schleier seiner Falschspielgeheimnisse lüften möchte. Das Hindernis liegt in der Gefängnisverwaltung Tegel begründet, denn Herr Blümel sitzt in Haft. Um eine Weiterverbreitung der im Tegeler Gefängnis grassierenden Grippe zu verhindern, weigert sich die Verwaltung, den allseits begehrten Blümel in Moabit vorzuführen. Das Gericht beschliesst, die Sache Blümel und Komplizen um zwei Tage zu verschieben. Am Mittwoch hofft man Herrn Blümel, den Star unter den Falschspielern, höchst persönlich begrüßen zu können.

Das originelle System.

Der Prozess Blümel wird einer der grössten Falschspielerprozesse werden, die seit vielen Jahren stattgefunden haben. Grosszügige und langwierige Beobachtungen waren nötig, um den Meistergauner und seine glänzend eingespielte Bande zu entlarven. Herr Blümel, ein Veteran der unlauteren Branche, betreibt seinen dunklen Beruf, wie gesagt, bereits seit etwa 20 Jahren und hat immer mit ganz persönlichen Tricks gearbeitet. Die Spezialität Blümels war, mit seinen Leuten in Badeorten der reichsdeutschen Provinz oder auch auf internationalen Kurplätzen aufzutreten, um dort den sogenannten "Grünhörnern" der Spielierzunft, jenen Aussenseitern, die einmal dabei gewesen sein wollen, mit Geschick, aber sehr diskret und unauffällig, ihr gesamtes Geld abzunehmen. Mit welchem Raffinement der Falschspielerbetrieb Blümel & Co. aufgezogen war, beweisen Feilen und Holzschneidemaschinen, die man bei Haussuchungen bei den Angeklagten beschlagnahmt hat. Mit diesen Maschinen wurden die Karten "auf falsch" präpariert. Nach der Präparierung presste die Bande die Karten stets wieder neu und packte sie so säuberlich ein, dass man sie als neues Spiel ansehen musste. Wenn dann in einem Lokal ein neues Kartenspiel verlangt wurde, vertauschten sie mit geradezu unheimlicher Geschicklichkeit das neue mit dem präparierten Spiel. Auf diese Weise war dann der Boden "technisch vorbereitet", auf dem die Abschlichtung des nichtsahnenden Opfers in aller Gemächlichkeit und mit aller "Diskretion" vor sich gehen konnte. -

"Nur für Herrschaften...!"

Ganz schlimm erging es einem biederen Rechtsanwalt aus Meseritz, der durch das Zusammengeraten mit den gefährlichen Falschspielern mehrere 100 000 Mark eingebüsst hat. Unter den Angeklagten befinden sich auch eine Anzahl recht angesehenener Berliner Kaufleute, die allerdings mit feurigen Worten ihre absolute Unschuld beteuern und angeben, nur durch eine "Verkettung unglücklicher Umstände" in die Machinationen der Firma Blümel & Co. hineingeraten zu sein. Der höchst interessante Prozess wird wahrscheinlich mehrere Wochen dauern.

+ + +

Edgar Wallace im Frenzelprozess...

Eine höchst komische Jagd im Gerichtssaal - Frenzel wird immer aufgeregter.-

SPD. Man muss es leider sagen. Herr Landgerichtsdirektor Hellwig, der Vorsitzende im Frenzel-Prozess, beginnt schon weisse Mäuse zu sehen. Im Potsdamer Gerichtsgebäude hat sich etwas zugetragen, das wie der Vorwurf zu einer Molièreschen Komödie anmutet. Auf eine private Denunziation hin, dass sich im Verhandlungssaal der Berichterstatter einer Berliner Zeitung unter den Bänken des Zuschauerraums versteckt habe und dass in einer Wandnische ein Mikrophon eingelassen sei, mussten auf Anordnung des Vorsitzenden zwei Justizwachtmeister den Saal sozusagen "von Kopf bis Fuss" untersuchen. Sie krochen auf dem Bauch unter jeden Stuhl und unter jede Bank, beklopfen die Wände, um das geheimnisvolle Mikrophon, von dem die Denunziation, gefabelt hatte, aufzustöbern -, es war alles umsonst. Es wurde weder ein auf dem Boden liegender, horchender Reporter, noch ein Mikrophon gefunden. Das Gelächter im Verhandlungssaal während dieser wirklich beschämenden Schnüffelaktion soll gross gewesen sein.

+

Im Prozess selbst geht es nur sehr langsam vorwärts. Die Zusammenstösse zwischen Anklage und Verteidigung, sowie dem Angeklagten setzen sich im weiteren Verlauf der Verhandlung in verschärfter Masse fort. Nach einem besonders heftigen Zusammenprall mit dem Angeklagten Frenzel ruft der Staatsanwalt sehr ärgerlich aus: "Angeklagter, es ist ja geradezu unglaublich, wie Sie sich benehmen! Ich frage Sie überhaupt nichts mehr". Es zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher, dass das Abschneiden des Angeklagten von der Aussenwelt, wie es durch den Ausschluss der Presse im Frenzel-Prozess geschehen ist, den Angeklagten immer kopfloser und aufgeregter macht.

+ + +

Goebbels Kneift...!

Erst elend beschimpfen, dann den kranken Magen vorschützen! - Sucht so die Mannestugend des "Dritten Reiches" aus?

SPD. Gibt es etwas Kläglicheres als das Verhalten des Herrn Joseph Goebbels, Nazihauptling von Berlin und glückliches M.d.R. -?! Wie dieser betriebssame Hetzer Beleidigung auf Beleidigung gegen seine Gegner häuft und wie er dann, wenn man ihn beim Kragen nehmen will, das Gericht in weinerlicher und unmännlicher Weise mit Krankheitsattesten überschüttet, um sich von der Verantwortung zu drücken, ist so jämmerlich, dass es eigentlich selbst den verrantesten Nachläufern des national-"sozialistischen" Vorkämpfers mit dem vierdimensionalen Mercedeswagen im Werte von 30 000 Mark die Augen öffnen müsste. Es ist für den Hitlerjoseph mit der urgermanischen Physiognomie liebe Gewohnheit geworden, in seinem Berliner Blättchen, "Der Angriff" alles, was nicht auf Hitler und sein drittes Reich schwört, in der rüdesten Weise mit Schmutz zu bewerfen. Der wackerei Goebbels spekuliert darauf, dass ihm die Langmut der republikanischen Gerichte wie bisher auch weiterhin gestattet wird, sich mit Kneifen unbeschädigt aus der Affäre zu ziehen.

Beleidigungen, nur im en gros.

Am Montag standen vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Remke wiederum acht Klagen gegen den hemmungslosen nationalsozialistischen Agitator zur Verhandlung. Die Kläger, u. a. Minister a. D. Grzesinski, der Berliner Polizeioberst Heimannsberg und Kriminalkommissar Busdorf haben geklagt, nachdem sie im "Angriff" aufs gemeinste beschimpft und verleumdet worden sind. Weiter läuft eine Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und eine andere wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft durch den Vorwurf des Ritualmordes.

Ein höchst politischer Magen.

Nachdem vom Gericht ein Vertagungsantrag des Verteidigers von Dr. Goebbels Graf von der Goltz, telegraphisch abgelehnt worden war, ging beim Schöffengericht ein Brief des tapferen Goebbels ein, in dem er eins seiner üblichen Atteste überreichte. In diesem nach Cliché gefertigtem Schriftstück bescheinigt der Hausarzt der SA Herrn Dr. Goebbels, dass sein Magenleiden infolge der Aufregungen des Wahlkampfes so bedenklich geworden sei, dass er der Durchführung eines mehrstündigen Prozesses wohl nicht gewachsen wäre. Das lässt derselbe Herr, den es nicht überanstrengt, noch in den letzten Tagen in nationalsozialistischen Hetzkundgebungen zwei, drei Stunden zu reden, mit ganz deutlicher Ironie seinen tüchtigen Leibarzt schreiben. Nach Verlesung dieses sogenannten Attestes erhob sich Staatsanwaltschaftsrat Stehning und beantragte den Erlass eines Haftbefehls gegen Dr. Goebbels- Herr Goebbels, so führte der Ankläger aus, sei, das habe sein Auftreten vor und nach der Reichstagswahl gezeigt, durchaus verhandlungsfähig und nur bestrebt, die Gerichte so lange hinzuhalten, bis er wieder den Schutz der Immunität genieße. Diesem beispiellosen Verhalten müsse man im Interesse von Recht und Gesetz mit aller Energie entgegentreten.

"Ein öffentlicher Skandal!"

Rechtsanwalt Kantorowicz, der Vertreter des Nebenklägers Dr. Busdorf, bezeichnete das ständige Kneifen des Dr. Goebbels vor Gericht als einen unerhörten öffentlichen Skandal. Vielleicht warte Herr Goebbels darauf, dass ein nationalsozialistischer Gerichtshof gebildet werde, "aber", so fuhr der Rechtsanwalt mit erhobener Stimme fort "so weit ist es noch nicht und es wird auch nicht so weit kommen!" Die Reise von Goebbels zum Reichsgerichtsprozess nach Leipzig habe mit aller Deutlichkeit bewiesen, dass der Gemütszustand des Nazihauptlings auch nicht im geringsten etwas zu wünschen übrig lasse. Sehr interessant war die Bemerkung des Vorsitzenden, dass er sich eifrig bemüht habe, mit Dr. Goebbels persönlich in Verbindung zu treten, was ihm jedoch nicht geglückt sei. Dabei ist der tapfere Joseph jeden Vor- und Nachmittag im Gaubüro der Berliner NSDAP in der Hedemannstrasse. Er hat sich also, unter offener Verhöhnung des Gerichts, einfach verleugnen lassen.

Beitrag zum Thema - : " Abgefemter Lügner. " -

Nach etwa einstündiger Beratung wurde folgender Gerichtsbeschluss verkündet: Der Antrag des Angeklagten und seines Verteidigers auf Vertagung wird mangels ausreichender Begründung abgelehnt und die neue Verhandlung auf den 13. Oktober, vormittags 9 Uhr, angesetzt. Der Angeklagte Dr. Goebbels soll zum neuen Termin vorgeführt werden. Seine Angaben betreffend Verhandlungsunfähigkeit werden durch sein Auftreten in den letzten Wochen Lügen gestraft. Die Verhandlung ist auf 9 Uhr angesetzt, weil der Reichstag am Nachmittag des gleichen Tages zusammentritt. So ist für die Verhandlung Zeit genug gegeben.

Das Ende einer Komödie.

Man kann sich denken, wie diese Komödie ausgehen wird. Herr Goebbels wird am 13. Oktober dem Gericht etwas pfeifen und um 3 Uhr zum Beginn seiner Immunität feierlich im Reichstag erscheinen. Das Gericht war zu schlapp, um dem Antrag des Staatsanwalts, der allein den Umständen entsprach, zu entsprechen und einen sofortigen Haftbefehl gegen den Putschistenhauptling zu erlassen. Die braven Herren im Reichsgerichtsgebäude können sich nicht darüber wundern, wenn ihnen der Nazi defekt provozierend auf der Nase herumtanzt. Es ist die Quittung des Uebermütigen auf ihre grenzenlose Schlappheit.

Ausbruch von Strafgefangenen. Aus der Strafanstalt Plötzensee bei Berlin entwichen zwei Gefangene, die beim Bau der neuen psychiatrischen Abteilung als Anstreicher beschäftigt waren. Beide Gefangene haben sich als Fassadenkletterer bereits "einen Namen gemacht."

+ + +
Revisionsverhandlung im Guttman-Prozess. Vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts fand die Revisionsverhandlung gegen den Zahnarzt Dr. Guttman aus Schwedt a./Oder statt, der vom Schwurgericht in Prenzlau wegen Ermordung seiner Frau zum Tode verurteilt worden war. Der Reichsanwalt beantragte, die Revision des Angeklagten zu verwerfen.

+ + +
Erdbeben in Argentinien. Die Stadt Santa Rosa in Argentinien, die seit dem 25. September von nicht weniger als 36 Erdbeben heimgesucht worden ist, wurde am 28. September durch ein neues Erdbeben völlig zerstört. Zahlreiche Tote sind zu beklagen.

+ + +
Brennender Baumwollschuppen. In einem Baumwollschuppen in Roubaix brach ein Schadenfeuer aus, durch das über 5 000 Ballen Baumwolle vernichtet wurden. Der Schaden wird auf über anderthalb Millionen Francs geschätzt.

+ + +
Die Konten der Frau von Puttkamer. Die Untersuchung gegen die unter dem dringenden Verdacht des Meineids und des Konkursverbrechens verhaftete Baronin von Puttkamer hat jetzt zu überraschenden Ergebnissen geführt. Bei zwei Breslauer Banken wurden grosse Geheimkonten der Verhafteten beschlagnahmt, deren Höhe mehr als eine Viertelmillion Mark betragen soll.

+ + +
Gastod von drei Gymnasiasten. In Keszthely (Ungarn) wurden im Wasserreservoir des Elektrizitätswerkes drei Gymnasialschüler tot aufgefunden. Die angestellte Untersuchung ergab, dass die in unmittelbarer Nähe des Wasserreservoir laufende Gasleitung schadhaft geworden war, sodass die drei Schüler, die in dem Reservoir gebadet hatten, von den ausströmenden Gasen getötet wurden.

+ + +
Flugunglück bei Stockholm. In der Nähe der Festung Vaxholm bei Stockholm kollidierte ein Hydroplan, der sich nach vollendetem Manöver nach Stockholm begeben wollte, mit dem Schornstein einer Kaserne. Dabei geriet das Flugzeug in Brand und stürzte ab. Der Führer des Hydroplans erlitt so schwere Brandwunden, dass er kurz nach dem Unfall im Krankenhaus verstarb. Beobachtet und Mechaniker kamen mit geringen Verletzungen davon.

+ + +
Messerstechende Matrosen. Im Hafen von Harburg-Wilhelmsburg entstand zwischen chinesischen Matrosen, die beim Kartenspiel waren, ein blutiger Streit. Ein Matrose wurde von einem Kameraden derart schwer in den Rücken gestochen, dass er auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Der Täter konnte verhaftet werden.

+ + +
Vom Zuge erfasst. Am Montag nachmittag wurde der Lastkraftzug eines Berliner Tiefbauunternehmens am Uebergang der Zschippkau-Finsterwalder Privatseisenbahn von einem Güterzug überfahren. Der Sohn des Unternehmers, ein gewisser Max Pelz, wurde auf der Stelle getötet.

+ + +
Stirbt der Bubikopf? Der in Wien tagende Friseurkongress hat dem Bubikopf das Todesurteil gesprochen. In einer Resolution des Kongresses wird feierlich festgestellt, dass das bubenhaft kurzgeschnittene Haar der Frau von nun an der Vergangenheit angehöre. Fragt sich allerdings nur, ob sich die Frauen nach diese Resolution ihrer Friseure richten werden? - !

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Baugewerksbund tagt.

SPD. Frankfurt a.M. 29. Sept. (Eig. Drahtb.)

Im grossen Saal des Volksbildungsheimes, der mit Schwarzrotgold drapiert und mit roten Fahnen geschmückt ist, begann am Montag die Tagung des Deutschen Baugewerksbundes, Die Bruderorganisationen aus England, Ungarn, der Schweiz, Rumänien, Oesterreich, Tschechoslowakei, Dänemark, Schweden, Finnland, Holland und Belgien haben Vertreter entsandt. Von anderen ausländischen Organisationen liegen Begrüssungstelegramme vor. Der Bundesvorsitzende Bernhard wies in seiner Ansprache darauf hin, dass Deutschland frei von fremder Soldateska ist; aber innerhalb der schwarzrotgoldenen Grenzpfähle sei der Friede noch nicht eingekehrt. Die Sozialpolitik ist zurückgeschraubt worden, die Steuerlasten werden erhöht, ungeheure Lasten werden dem Volke aufgebürdet und die eigenen Volksschichten werden gegeneinander getrieben. Der Justizminister sagt den Hausbesitzern, dass er ganz ihr Mann sei. Mit Hilfe der Regierung werden die Löhne abgebaut. Mit Schuld an diesem Zustand sei der Teil der Arbeiterschaft, der am 14. September gegen die eigenen Interessen gewählt hat. Der Vorsitzende gedachte dann der Toten des Verbandes, zu deren Ehren sich die Anwesenden von den Sitzen erhoben. Er würdigte vor allem die Verdienste Hermann Silber= schmidts, Wilhelm Brandmohrs und Heinrich Hüttmanns. Es folgten dann Begrüs= sungsansprachen von Behördenvertretern.

In einem mehrstündigen Referat ging Bernhard dann auf die allgemeine La= ge ein und führte u.a. folgendes aus: Von der Kapitalnot der Wirtschaft ist die Bauwirtschaft am schwersten betroffen. Die öffentliche Hand ist zum Sparen gezwungen und sie beginne damit zuerst beim Bauen. Was hier Einschränkungen bedeuten, geht aus der Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft hervor.

Im Jahre 1882 betrug der Anteil des Baugewerbes an der Gesamtpersonenzahl in Industrie und Handwerk ein Zehntel, heute weit mehr als 18 Prozent der in der Industrie tätigen Personen. Nach der Statistik der baugewerklichen Be= rufsgenossenschaft waren im vergangenen Jahre rund 1 870 000 Personen in der Bauwirtschaft beschäftigt. Einschliesslich der Familienmitglieder werden es etwa 10 Millionen Personen sein, die von der Bauwirtschaft ernährt werden. Der Wert der Bauproduktion wurde im Jahre 1924 auf 3,44 Milliarden Reichsmark ge= schätzt, 1930 bereits auf 7 Milliarden. Die Bautätigkeit der öffentlichen Wirt= schaft betrug im Jahre 1912=38 Prozent der gesamten baugewerblichen Produk= tion. Heute haben die öffentlichen Körperschaften in der gesamten Bauwirt= schaft eine viel grössere Bedeutung. Die öffentliche Hand finanziert heute et= wa 60 Prozent aller Bauarbeit; der öffentliche Bau macht heute ungefähr 30% der ganzen Bauproduktion aus und 90% aller Wohnungen könnten nicht gebaut werden, wenn die öffentlichen Beihilfen ausfielen. Für den Wohnungsbau sind in den Jahren der festen Währung etwa 7½ Milliarden Reichsmark öffentlicher Mit= tel ausgeworfen worden, wovon 4 Milliarden aus der Hauszinssteuer stammen. Mit Recht können die Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen von sich behaupten, den Wohnungsbau gefördert zu haben.

Auch die Bausparkassenbewegung hat seit ihrem Bestehen etwa 200 Millio= nen Reichsmark dem Wohnungsbau zugeführt. Den Bauarbeitern kann es nur recht sein, wenn die Baugelder aus sehr vielen Quellen fliessen. Aber ich glaube, dass sich diese Kassen auf die Dauer nicht bewähren. Es ist sehr viel Ungesun= des daran. Viele Kassen brechen bereits zusammen. Für den Arbeiter ist es

kaum möglich, die monatlichen Beiträge regelmässig aufzubringen, die notwendig sind, um einmal genügend Geld zu einem Eigenheim zusammen zu haben. Der Sparer kann Gefahr laufen, bis zu 50 Jahren warten zu müssen, bis er zu seinem Eigenheim kommt. Schliesslich weiss auch niemand, wie sich in späteren Jahren die Baukosten, Hypothekenzinsen usw. gestalten, sodass wir, weil die Risiken für den einzelnen Sparer ungeheuer gross sind, der Meinung sind, die Arbeiterschaft muss vor Illusionen gewarnt werden. Ganz besonders zu beurteilen ist das organisierte Sparen für den Wohnungsbau in den jahrzehntelang bewährten Wohnungsbauengesellschaften.

Grösste Sorge ist die Beschaffung des Kapitals für den Baumarkt. Wir haben die Forderung erhoben, dass die Hauszinssteuer in ihrem ganzen Umfang dem Wohnungsbau zugeführt wird. Das ist nie geschehen. Die gegenwärtige Regierung bereitet sogar einen Plan vor, der weitere 400 Millionen Reichsmark am Hauszinssteueraufkommen für andere Zwecke abzweigen will. Gegen solche Absichten erheben wir den entschiedensten Protest. Ihre Verwirklichung würde die arbeitslosen Bauarbeiter der vollständigen Verelendung preisgeben und den Wohnungsbau vollends drosseln. Wie die Regierung mit einer solchen Massnahme die Wirtschaft heben und die Arbeitslosigkeit beheben will, ist mir unverständlich. Uns fehlen mehr als eine Million Wohnungen, wenn man die ungesunden und abbruchsreifen mit einbezieht. Eine jährliche Wohnungsproduktion von 315 000 ist nötig. Es muss aber billig gebaut werden; denn die heutige Miete kann der Arbeiter nicht mehr bezahlen. Furchtbar ist die Arbeitslosigkeit. Wir haben 389 000 arbeitslose Bauarbeiter.

Die Mitgliederzahl unseres Bundes hatte eine halbe Million überschritten. Sie ist infolge der wirtschaftlichen Lage natürlich zurückgegangen, zählt aber immer noch 478 000 Mitglieder. Das zeugt von einer Organisationsdisziplin, die nicht alltäglich ist. Wir haben in drei Jahren 75 000 Mitglieder gewonnen. Der Redner beschäftigt sich dann mit den gegnerischen Bauarbeiterorganisationen und den Unternehmerorganisationen und zitiert einen Ausspruch der Unternehmerorganisation, des Deutschen Arbeitgeberbundes, der seinerzeit schrieb: Im Lohnkampf wird die Hauptschlacht geschlagen werden. Weder die Billigkeit noch das Recht werden hier entscheiden, sondern allein die Macht. Die Arbeiter sollten sich diesen Ausspruch des Deutschen Arbeitgeberbundes merken. Im September hatte die Bundeskasse ein Gesamtvermögen von 20 Millionen Mark. Im Jahre 1929 sind nahezu 13 Millionen Mark für Unterstützungen ausgegeben worden, im ersten Halbjahr 1930 = 9 194 042 Mark. Als Erwerbslosenunterstützung und bei Krankheiten wurden vom 1. Januar 1928 bis zum 30. Juli 1930 = 27 797 134 Mark gezahlt.

Ueber das Schlichtungswesen sagte der Redner: Den selbst geschaffenen Schlichtungsinstanzen müssen wir den Vorzug geben, wenn auch die Arbeit mit ihnen mehr Verantwortungsfreudigkeit der Vertragsträger erfordert. Zur Zeit bestehen für unsre Mitglieder 97 Tarifverträge. In der Berichtszeit gelang es auch, für die Reparationsarbeiten in Frankreich mit den ausführenden deutschen Unternehmern Verträge abzuschliessen. Im Rahmen der Bauarbeiterinternationale sind mit den Bauarbeiterverbänden in Oesterreich, Holland, Schweiz und der Tschechoslowakei Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen worden, um die Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an die Mitglieder der vertragschliessenden Verbände sicherzustellen. Die Bauarbeiterinternationale arbeitet auch seit langem daran, die Verbindungen mit Amerika aufzunehmen.

SPD. In einer grossen, vom Zentralverband Deutscher Handelsvertreter-Vereine veranstalteten Kundgebung in Berlin sprach der Vorsitzende des Vereins Berliner Handelsvertreter Walter Heyne über die schwere Wirtschaftsnot der Handelsvertreter.

Heyne legte dar, wie die Zusammenschlüsse in der Industrie und auf der Abnehmerseite die Betätigungsmöglichkeit des Handelsvertreters eingeengt haben,

wie zugleich aber die Anforderungen an den Handelsvertreter ausserordentlich gewachsen sind. Die einzelnen Aufträge sind wesentlich kleiner geworden. Der Handelsvertreter muss jedoch für den kleineren Auftrag weit mehr an Arbeit, Zeit und Unkosten aufwenden als früher für ungleich grössere Aufträge. Dazu haben die vom Handelsvertreter hauptsächlich aufzuwendenden Unkosten, wie Ausgaben für die Unterhaltung seines Kontors, für Reise, Hotel usw. steigende Tendenz, sodass jedes gesunde Verhältnis zwischen Provisionseinnahmen und Unkosten verloren gegangen ist. Die Sicherung eines leistungsfähigen Handelsvertreterberufes erfordert die Anpassung der Provision an die Zeitverhältnisse. An der Aufrechterhaltung dieses Berufes ist die Gesamtwirtschaft im höchsten Masse beteiligt, da der Handelsvertreter das billigste Absatzorgan ist, das nur nach Massgabe der abgeschlossenen Geschäfte, also nach dem Erfolge bezahlt wird.

Über die beiden gegenwärtig dringlichsten Forderungen des Handelsvertreterberufes an die Gesetzgebung berichtete alsdann Handelsgerichtsrat Eugen Herzberg, Mitglied der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Es handele sich, so führte Herzberg aus, um gesetzliche Festlegung eines Entschädigungsanspruchs für Handelsvertreter, die durch Monopol- und Syndikatsbildungen geschädigt, bezw. ihrer Existenz gänzlich beraubt werden, ferner um die schleunigste Einfügung einer Bestimmung in die Konkursordnung, die der Bevorrechtigung der Provisions- und Auslagenforderungen des Handelsvertreters im Konkurse der vertretenen Firma festlegt. Diese Forderungen, die in Oesterreich in der Hauptsache bereits durch die Gesetzgebung verwirklicht sind, wurden anhand praktischer Erfahrungen eingehend begründet und in eine Entschliessung aufgenommen, die einstimmig Annahme fand.

SPD. Der Internationale Transportarbeiterkongress beendete am Sonnabend seine Arbeiten. Die in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse zur sozialen sowie zur technischen Ausgestaltung des internationalen Verkehrs wurden angenommen. Der aus 15 Mitgliedern bestehende Generalrat wurde neu bezw. wiedergewählt; zu ihm gehören Cramp und Bevin -England, Döhring und Jochade-Deutschland und Bratschi für Oesterreich und die Schweiz. Um die Verbindung mit den ausseneuropäischen Transportarbeiten enger zu gestalten, traten Daut-Indien und Hancock-Japan in den Generalrat. Auch die aus dem Generalrat hervorgehende Exekutive des Verbandes wurde wiedergewählt, ebenso die Generalsekretäre Fimmen und Mathans-Holland. Der nächste Kongress findet in Prag statt.

In den Schluss- und Dankesworten an die englischen Gastgeber sprach u.a. Sardelli für die italienischen Arbeiter und Gewerkschafter, denen die Diktatur Mussolinis das Erscheinen in London unmöglich machte. Sardelli hofft, dass die furchtbare Geissel des Faschismus bald in Italien verschwinden werde. Wirtschaftlich stehe das Land vor dem Bankrott. Die Staatsschulden und die Steuerlasten wüchsen ins Ungemessene, sodass bereits ein Teil der italienischen Kapitalisten zur Steuerverweigerung übergegangen wäre. Die Handelsziffern sanken stetig. Zahllos seien die Konkurse und immer grösser werde die Verelendung der arbeitenden Massen. "Rettët die Menschheit vor dem Faschismus und vor dem Krieg!" so lautet der flehentliche Appell, mit dem Sardelli die Tribüne verlies.

In seinen Schlussworten mahnt Fimmen die Delegierten, die nationalen Organisationen stark zu machen, damit der Verband international seine Pflichten erfüllen könne: wir werden eines Tages aufgerufen werden und wir müssen siegen!

SPD. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Bezirksleitung Halle, veranstaltete am Sonntag im Volkspark zu Halle eine von mehr als 400 Funktionären besuchte Konferenz, die sich mit der Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft befasste. Der Referent Blass vom Hauptvorstand des Einheits-

verbandes gab zu, dass die finanzielle Lage der Reichsbahn ungünstig sei. Notwendig sei eine Senkung der politischen Lasten. Unverständlich bleibe es aber weshalb die Reichsbahngesellschaft die von ihr angesammelten beträchtlichen Reserven in der gegenwärtigen Notzeit nicht einsetze. Eine Ausgabensenkung sei möglich, wenn die sachlichen Ausgaben einmal daraufhin geprüft würden, ob bei der Lieferung die Interessen der Industrievertreter im Verwaltungsrat und nicht die Interessen des Betriebs ausschlaggebend seien. Die Lieferungsbedingungen der Reichsbahngesellschaft müssten öffentlich erörtert werden. Unter Einfluss der Industrie würde aber lediglich die Ausgabensenkung auf personalpolitischem Gebiet in den Vordergrund geschoben. So habe der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Elektroindustrie von Siemens, eine Lohnsenkung auch gegen die bestehenden Verträge gefordert. Im einzelnen beschäftigte sich dann der Referent mit den geplanten Entlassungsmassnahmen und betonte, die Organisation werde alles aufbieten, die Interessen der Eisenbahner zu wahren und ihre Forderungen zur Geltung zu bringen.

Es wurde eine Entschliessung angenommen, die darauf verweist, dass sich die Anzahl planmässiger Beamtenstellen von Monat zu Monat verringert, ein Heer von Hilfsbeamten mit einem Schlage um sein wohlverworbenes Recht gebracht wird, die Entlassungen von langjährig in Dienst stehenden Arbeitern sich häuft und das Gespenst des Abbaus abermals drohend über Werkstatt und Bahnunterhaltung steht.

Die Resolution schliesst mit folgendem Gelöbnis:

"Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, die freie Gewerkschaft im Reichsbahnbetrieb, hat bisher als treuer Berater und Helfer seinen Mitgliedern im Tageskampfe beigegeben. Er war bewährter Führer in den notwendigen Auseinandersetzungen mit dem sozialen Gegenspieler, der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Die Organisation konnte ihre Aufgaben nur deshalb lösen, weil die Mitgliedschaft geschlossen hinter der Führung stand. Die versammelten Funktionäre werden auch in Zukunft mit aller Entschiedenheit diese Geschlossenheit aufrecht erhalten. Zersplitterungsversuche, unter welchem Namen sie auch erscheinen mögen, werden auf eine energische Abwehrstossen. Die Funktionäre erwarten vom Vorstand, dass er in der kommenden schweren Zeit alle erfolversprechenden organisatorischen Mittel anwendet, um in enger Kampfgenossenschaft mit den anderen freigewerkschaftlichen Verbänden und unserer politischen Vertretung die den Arbeitnehmern drohenden Gefahren abzuwehren. Die Funktionäre werden in Anerkennung der Tatsache, dass im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse die Kräfteverhältnisse und der Wille entscheiden, alles daran setzen, die Organisation zu stärken und zu festigen."

SPD. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm in einer Entschliessung davon Kenntnis, dass die Reichsregierung beabsichtigt, durch Erhöhung der Reichshilfe der Beamten von 2½ % auf 5 % und durch ihre Verlängerung über den 31. März 1931 hinaus der Beamtenschaft neue einseitige Opfer aufzuerlegen, ohne den Versuch zu machen, die zur Sanierung der Reichsfinanzen erforderlichen Lasten den leistungsfähigen und besitzenden Schichten aufzuerlegen. Der Bundesvorstand wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Pläne, die zudem jede soziale Gerechtigkeit vermissen lassen, da sie für die Beamten der unteren Gruppen eine ungleich grössere Erhöhung ihrer Steuerlasten zur Folge haben als für die Beamten der höheren Gruppen.

Ferner protestiert der Bundesvorstand dagegen, dass die Reichsregierung, wie das schon bei dem Entwurf des Pensionskürzungsgesetzes geschehen ist, derartig schwerwiegende Vorschläge von weittragender beamtenpolitischer Bedeutung unterbreitet, ohne im geringsten vorher mit den berufenen Vertretungen der Beamtenschaft, den Spitzenorganisationen, Fühlung genommen und ihnen Gelegenheit gegeben zu haben, ihren Standpunkt, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Dieses Verhalten weicht offenkundig von dem Verfahren ab, das man gegenüber den

sonstigen Kreisen der Wirtschaft einschlägt, wenn es sich um Steuer- und Finanzfragen handelt, die für sie von Bedeutung sind. Angesichts der Angriffe, die von der thüringischen Regierung gegen das Koalitionsrecht der Beamten gerichtet werden, hält der Bundesvorstand diesen von der Reichsregierung eingeschlagenen Weg nicht für geeignet, um das gerade in der gegenwärtigen politisch bewegten Zeit für die Staatsführung unerlässliche vertrauensvolle Verhältnis zwischen Regierung und Beamtenschaft zu erhalten und zu stärken.

SPD. Für die Porzellan- und Steingutindustrie haben in den letzten Tagen Verhandlungen über den Abschluss eines Reichstarifvertrages, eines Lohnvertrages und eines Arbeitszeitabkommens stattgefunden. Es wurde unter Mitwirkung von drei unparteiischen Schlichtern ein Schiedsspruch gefällt, der die Löhne in der bisherigen Höhe bis zum Mai 1931 festlegt. Eine Herabsetzung der bisherigen Arbeitszeit ist im Schiedsspruch nicht vorgesehen.

Hinsichtlich der Mantelbestimmungen hatten die Arbeitgeber erhebliche Verschlechterungen gefordert, die im Schiedsspruch nur geringe Berücksichtigung fanden.

Die Parteien müssen sich bis zum 7. Oktober über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs erklären.

SPD. In der Öffentlichkeit wird oftmals behauptet, dass die Sozialversicherungen einen "aufgeblähten" Beamtenapparat hätten. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund zeigt in einer Aufstellung, wie die Verhältnisse wirklich sind.

In der Invalidenversicherung sind etwa 5 000 Beamte tätig. Sie verteilen sich auf 29 Landesversicherungsanstalten, betreuen 18 Millionen Versicherte, ein Gesamtvermögen von etwa 1½ Milliarde Mark und eine Jahreseinnahme an Beiträgen von etwa 1,1 Milliarde Mark.

Die Angestelltenversicherung arbeitet mit nur 900 Beamten, die 3,4 Millionen Versicherte zu betreuen haben. (Die personellen Kosten der Angestelltenversicherung betragen nur 2,05 % der Einnahme).

Die Krankenversicherung hat 22 000 Beamte, die rund 22 Millionen Versicherte bearbeiten. In einer mittleren Krankenkasse von 20 000 Mitgliedern haben etwa 20 Beamte jährlich 160 000 Personen abzufertigen.

Für die Arbeitslosenversicherung stehen an Beamten und Angestellten der Reichsanstalt nur rund 15 000 Personen zur Verfügung, bei 17,5 Millionen Versicherten. Im Jahre 1929 gab es im Monatsdurchschnitt 2 Millionen Arbeitslose, und insgesamt wurden 7 Millionen Vermittlungen geleistet.

Für die soziale Fürsorge sind somit rund 50 000 Beamte erforderlich.

SPD. Die ungarische Schuhindustrie, die gegen die Errichtung Bata-scher Betriebe in Ungarn kämpft, hat sich an die Regierung mit dem Ersuchen gewandt, die üblichen Vergünstigungen für Einfuhr von Maschinen nach Ungarn im Falle Bata nicht in Kraft treten zu lassen. Man glaubt damit, die Errichtung von Bata-fabriken hintertreiben zu können.

SPD. Nachdem durch die Notverordnung des Reichspräsidenten schon tief in die Rechte der Kriegsoffer eingegriffen wurde, hat der Reichsarbeitsminister jetzt weitere Einschränkungen angeordnet. Wir geben die Auswirkungen der letzten Erlasse des Reichsarbeitsministers im folgenden wieder:

Die Versorgungsämter wurden angewiesen, allgemein die Versorgungsakten der Empfänger von Elternversorgung, Witwen- und Waisenbeihilfe umgehend nachzuprüfen. Die Ermittlungen sind ohne Rücksicht auf das Lebensalter vorzunehmen, wenn sie voraussichtlich zu einer Änderung der Versorgungsbezüge führen werden. Auch geringfügige Veränderungen des Einkommens sollen berücksichtigt und die Versorgungsbezüge auch dann neu festgestellt werden, wenn der zu zahlende Betrag sich um weniger als 1,-- RM ändert.

Die Witwenbeihilfe soll künftig neben einem Witwengelde aus der Beamtenhinterbliebenen-Versorgung nicht mehr gewährt werden. Waisenbeihilfe darf nicht mehr gewährt werden, neben einem Waisengelde aus der Beamtenhinterbliebenenversorgung, ferner dann nicht, wenn das Einkommen einer Waise den doppelten Betrag der Waisenrente übersteigt und schliesslich auch nicht bei erwerbsfähigen Waisen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben und keiner Arbeit nachgehen.

In einem weiteren Erlass macht der Reichsarbeitsminister noch darauf aufmerksam, dass die Elternbeihilfe nach § 45 Abs. 3 des Reichsversorgungsgesetzes ihrem Wesen nach die gekürzte Elternrente ist und demnach auch nach Ablauf der Frist nach § 49 Abs. 1 RVG die Elternrente in Elternbeihilfe oder die Elternbeihilfe in Elternrente umgewandelt werden kann.

Auch ist noch vom Reichsarbeitsminister verfügt, dass die Zuschüsse, die an versorgungsberechtigte Offiziere usw. und ihre Witwen bei Bedürftigkeit gezahlt werden, mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 ab bis auf weiteres um 10 v.H. des Zahlbetrages gekürzt werden. Diese Bestimmung findet auch auf ruhegehaltsberechtignte Kolonialbeamte, ehemalige Kolonialbeamte und ihre Witwen sinngemäss Anwendung.

Die Zahlung von Versorgungsgebühren, die auf Grund des § 71 des Verfahrensgesetzes oder auf Grund von Kannvorschriften oder im Wege des Härteausgleichs oder auf Grund von Verwaltungsvorschriften bewilligt werden, beginnt künftig nicht mehr, wie früher, mit dem 1. des Monats, in dem der Antrag gestellt wurde, sondern erst frühestens mit dem 1. des Monats, in dem die Bewilligung ausgesprochen wird.

Kinderzulagen bei Berufsausbildung über das 18. Lebensjahr hinaus können künftig nur an Kinder von Beschädigten, die eine Rente von mindestens 50 v.H. beziehen, bewilligt werden.

Witwen- und Waisenbeihilfen werden künftig nur bewilligt, wenn der Verstorbene im Zeitpunkt des Todes eine Rente von mindestens 50 v.H. bezogen hat.

Witwen, die sich wieder verheiratet haben und deren Ehe geschieden ist, können künftig Witwenbeihilfen nicht mehr erhalten.

Bisher hatten die Kriegsbeschädigten ein unbeschränktes Recht auf kostenlose Durchführung der Heilbehandlung ihrer Dienstbeschädigungsleiden. Der Reichsarbeitsminister hat im Anschluss an die Notverordnung nun neuerdings bestimmt, dass die Kriegsbeschädigten ebenfalls die Arztscheingebühren und die Kostenbeteiligung beim Bezug von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln selbst tragen müssen. Lediglich für die nicht versicherten Kriegsbeschädigten, soweit sie Zusatzrentenempfänger sind, kann der Arzneikostenzuschuss gestundet und die Arztscheingebühr von den Krankenkassen herabgesetzt werden.

Dieser äusserst rigorose Abbau des bisher geltenden Rechts der Kriegsoffer hat unter den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen grosse Empörung ausgelöst. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird, nachdem der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung aus förmlichen Gründen zurückgewiesen hat, an den neuen Reichstag appellieren, um sowohl die Aufhebung der Notverordnung als auch die der jetzt bekanntgegebenen neuen Erlasse des Reichsarbeitsministers zu erwirken.

Oel und Margarine.

Starke Steigerung der pro Kopf-Leistung.

SPD. Der Enqueteausschuss hat wieder zwei Industriebände veröffentlicht und zwar über die Oelmühlenindustrie und die Margarineindustrie, zwei nach ihrer Bedeutung oft sehr unterschätzte Industrien. Der Produktionswert der beiden Industrien beträgt nicht weniger als 1,25 bis 1,30 Millionen Mark, der Wert der verarbeitenden Rohstoffe rund 900 Millionen Mark. Die Oelmühlenindustrie hat heute etwa 60 Betriebe und beschäftigt rund 14 000 Personen. Die Margarineindustrie hat 70 Betriebe mit etwa 16 500 Personen (1913 noch 110 Betriebe mit nur 7000 Beschäftigten). Es handelt sich um höchst kapitalintensive Industrien mit einem relativ geringen Lohnanteil und sehr starker Konzentrationstendenz.

Von dem Gesamterlös der Oelmühlenindustrie im Betrage von 743 Mill. Mk. entfallen auf Oelkuchen, der für die Landwirtschaft sehr wichtig ist, rund 32,5%. Die Oelkuchenproduktion ist in Deutschland noch sehr aussichtsreich, denn je Kuh werden in Deutschland 80 kg verbraucht gegenüber Dänemark mit 636 kg, Niederlande mit 607 kg und England 502 kg je Kuh. Gegenüber der Vorkriegszeit ist eine vollständige Umstellung von inländischen auf ausländische Rohstoffe erfolgt, die heute etwa 98 % der gesamten Verarbeitungsmenge ausmachen. Auf Konzernbetriebe und freie Unternehmungen entfallen in der Oelmühlenindustrie etwa je 50%. Neben den pflanzlichen Rohstoffen (Leinsaat, Erdnüsse, Sojabohnen, Palmkerne und Kopra), die die Hauptrohstoffe der Margarineindustrie ausmachen, wird heute auch viel Walfischtran verwendet (15,9%). In der Hauptsache ist die Oelindustrie durch die Umstellung auf Auslandsrohstoffe eine Küstenindustrie geworden (Hauptzentren die Seehäfenplätze Harburg-Wilhelmsburg, Bremen und Stettin). In den Extraktionsanlagen wurden in den letzten Jahren über 1 Million Tonnen verarbeitet gegen 250 000 bis 300 000 Tonnen 1913.

Der Lohnanteil ist ausserordentlich gering, er schwankt zwischen 2,5 und 5,5% der Gesamtkosten. Der Kapitalumschlag bei zehn an der Küste liegenden Unternehmungen beträgt 67½ Tage, erfolgt also fast sechsmal im Jahre, bei acht im Innern gelegenen Firmen etwa 120 Tage, erfolgt also etwa dreimal im Jahre. Bei elf Grossbetrieben zeigte sich ein Kapitalumschlag von 73 Tagen, bei sieben mittleren Betrieben von 112 Tagen. Da wegen der schwankenden Rohstoffpreise das Risiko gross ist, herrscht das Zug um Zug-Geschäft (Verkauf der Erzeugnisse und Eindeckung der Rohstoffe erfolgen gleichzeitig) bzw. der Schlaglohnvertrag (Verarbeitung in der Hauptsache für die Margarinefabriken). Auf die Schlaglohnverträge kommen etwa 66% der Verarbeitung.

An der Oelproduktion der Welt überhaupt in Höhe von 6,6 Mill. Tonnen ist Europa mit 48,6, Asien mit 24,3, Amerika mit 18,4, Afrika mit 8% beteiligt. Der Welthandel in pflanzlichen Oelen und Fetten beträgt mit rund 1,5 Mill. Tonnen etwa 20% der Weltölproduktion überhaupt. Mit 860 Mill. RM. steht in Deutschland die Einfuhr von Oelrohstoffen seit 1928 an der Spitze der agrarischen Rohstoffeinfuhr und zwar noch vor der Baumwolle mit 777 Mill. und vor der Wolle mit 603 Mill. Mk. Die Walfischtranerzeugung ist von 22 800 Tonnen 1908 auf etwa 300 000 Tonnen 1929 gestiegen. Seit 1918 ist der Welttranhandel durch einen Welttranpool monopolisiert, dem alle grossen internationalen Margarineerzeuger angehören.

Wie die Margarineindustrie ist die Oelindustrie ausserordentlich stark konzentriert. Jürgens und van den Berg haben sich 1927 voll verschmolzen, 1929 erfolgte die Vereinigung mit Lever Brothers, dem grössten Seifenkonzern der Welt; ein Interessengemeinschaftsvertrag besteht mit dem Schichtkonzern in Aussicht, so dass diese Zusammenschlüsse in der Margarineindustrie auch eine normale Stellung auf den Rohstoffmärkten sichern mussten.

Die deutsche Margarineerzeugung beträgt heute über 480 000 Tonnen gegen rund 200 000 Tonnen in der Vorkriegszeit. Der Produktionswert der Margarine wird auf 600 Mill. RM. berechnet. Der Verbrauch je Kopf bleibt mit 10 Mk. hinter dem Zuckerverbrauch (14 Mk.) und dem Butterverbrauch (17 bis 18 Mk.) zurück. Auf die Konzerne entfallen etwa 77% der Margarineerzeugung. Der Lohnanteil beträgt in der Margarineindustrie insgesamt etwa 7 bis 8%. In den kapitalkräftigen Konzernbetrieben ist die pro Kopf-Leistung von 1928 bis 1930 von 95,3 auf über 100 Tonnen im Jahr gestiegen, in der freien Margarineindustrie zeigte ein Durchschnitt von 59 Betrieben im Jahre 1928 eine pro Kopf-Leistung von 61 Tonnen. Die Margarineindustrie verwendet heute etwa 78,4% pflanzliche Fette, 15,9% Tran und nur noch 5,7% tierische Fette gegen etwa 53% (!) im Jahre 1913, der augenfälligste Wandel in der Struktur dieser Industrie. Bemerkenswerterweise verwenden die freien Margarinefabriken mit 11% etwa die doppelte Menge von tierischen Fetten als die Konzernfabriken.

Je Kopf der Bevölkerung ist der Margarineverbrauch in Deutschland von 1913 bis 1929 von 3 auf 7,6 kg gestiegen. Er ist zwar grösser als in England mit 9,6 kg und in Schweden mit 7,3 kg pro Kopf, bleibt aber hinter Holland mit 8,4, Norwegen mit 17,7 und Dänemark, dem grössten Buttererzeuger der Welt mit sogar 22,4 kg stark zurück. Die stärksten Margarineverbraucher in Dänemark sind die die Butter erzeugenden Bauern. Der Margarineverbrauch ist in Deutschland sehr verschieden. So verkauft die GEG. je Mitglied im Ruhrgebiet jährlich 18,24 kg, in Dresden 15,52 kg, in Gross-Berlin 7,11 kg und in München nur 4,84 kg. Für die Handensspannen scheinen nur die Konsumvereine Unterlagen zur Verfügung gestellt zu haben. Ohne Rückvergütung werden Endaufschläge bei den Konsumvereinen genannt von 15%, bei den billigsten Margarinesorten nur von 7%, sodass bei Abzug der Rückvergütung von etwa 5% nur ein Bruttonutzen bei den Konsumvereinen von 1,53% verbleibt.

Die Weltproduktion der Margarine wird auf 1,4 Mill. Tonnen berechnet. Der Hauptanteil mit 1,15 Mill. Tonnen entfällt auf die europäischen Industrievölker; an dieser Erzeugung ist der Jürgens-van den Berg-Konzern wieder mit 65% beteiligt, der die österreichische Produktion zu 100%, die holländische zu 90%, die englische, belgische und tschechische zu je 70 und auch die deutsche und französische mit je 70% allein beherrscht.

Berühmt ist der Streit um die Aufhebung der Oelzölle, die von den konzernfreien deutschen Margarinefabriken verlangt wird. Diese Aufhebung soll die ausländische Rohstoffversorgung für konzernfreien Fabriken erleichtern und damit deren Konkurrenzfähigkeit erhöhen. Der Enqueteausschuss sagt nicht Ja und nicht Nein zu dieser Frage. Die Oelmühlen, die den Zoll verteidigen, hätten zwar zunächst ihre Produktion durch die Zölle erhöhen können; heute sei die Steigerung aber von der Erhöhung des Bedarfs abhängig. Andererseits glaubt der Ausschuss, dass die Aufhebung der Zölle der freien Margarineindustrie nicht die von dieser Seite erwartete Erleichterung bringen würde.

SPD. Die Aufhebung des Gefrierfleischkontingents von 50 000 Tonnen konnte im April vom Reichsernährungsminister Schiele im Reichstag nur durchgesetzt werden, indem er versprach, den minderbemittelten Bevölkerungsschichten den Fleischgenuss anstatt durch das billige Gefrierfleisch durch verbilligtes Inlandsfleisch zu ermöglichen.

Am 1. Oktober ist nun der letzte Teil des Kontingents von 12 500 Tonnen erschöpft und Schiele musste wohl oder übel sein Versprechen einlösen, umso mehr, als die Regierung von Berlin und anderen Grosstädten, die um die Ernährung ihrer Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten besorgt waren, gedrängt wurden, Ersatz für das Gefrierfleisch zu schaffen. Man hatte sich im Reichsernährungsministerium lange den Kopf darüber zerbrochen, wie man die Mittel für die Verbilligung des Inlandsfleisches aufbringen sollte. Die wegen Fortfall des Kontingents neu in die Reichskassen fliessenden 22½ Millionen Mark an Zolleinnahmen kamen nicht in Frage, da man gleichzeitig den § 12 des Fleischbeschaugesetzes wieder eingeführt hatte, nach dem geschlachtetes Vieh nur in Verbindung mit der Innenteilen eingeführt werden darf. Dies ist naturgemäss bei Gefrierfleisch nicht möglich, so dass der Gefrierfleischimport völlig unterbunden war und damit auch keine Einnahmen aus der Gefrierfleischeinfuhr zu erwarten sind. Auch die Vertröstung auf "reichliche Einfuhr von Renntierfleisch", dessen Zoll in dem Abkommen mit Finnland ermässigt worden ist, war Bluff, da höchstens jährlich 1 000 Renntiere eingeführt werden. Das aufgehobene Gefrierfleischkontingent umfasst dagegen 200 000 Rinder. Ausserdem kostet der Renntierbraten selbst unverzollt mehr als Rehbraten, kommt also für die Ernährung der minderbemittelten Schichten nicht in Betracht.

Man kam nun auf den Gedanken, an die Minderbemittelten Bons auszugeben, die beim Fleischer an Stelle von Bargeld in Zahlung genommen werden sollten. Diesem Vorschlag hat sich das Kabinett angeschlossen und der Reichsernährungsminister hat erklärt, dass es ab 1. Oktober an die Minderbemittelten in den Gemeinden, denen bisher zollfreies Gefrierfleisch zugeteilt war, künftig Gutscheine zum verbilligten Bezug von Frischfleisch erhalten. Aufgabe der Gemeinden ist es, den Kreis der wirklich Minderbemittelten festzustellen. Die Verbilligung soll 20 Pfennige pro Pfund betragen.

Diese Bonsverteilung ist aber nur ein sehr magerer Ersatz für Gefrierfleisch. Die Gemeinden sollen einmal feststellen, wer minderbemittelt ist, und dann die Verteilung vornehmen. Also entsteht eine grosse Arbeitsbelastung für die Gemeinden. Wer ist nun minderbemittelt? Zumindesten die Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten! Dann würden 60 bis 80 Millionen an Verbilligungszuschüssen gebraucht werden. Es sind aber für das erste halbe Jahr nur 10 Millionen für diesen Zweck vorgesehen. Das bedeutet einen völlig unzureichenden Ersatz für Gefrierfleisch. Ausserdem bietet die Höhe der Bons von 20 Pfennigen je Pfund nicht im entferntesten die gleiche Verbilligung des Fleischgenusses wie das zollfreie Gefrierfleisch. Dieses ist 40 % billiger als Frischfleisch. Durch den Bon kann das Frischfleisch (Schweinefleisch kostet ungefähr 1,30, Rindfleisch 1,20 Mark) nur um rund 16 % verbilligt werden. Schliesslich wird durch dieses Bezugscheinsystem wieder üblen Schiebereien Tür und Tor geöffnet. Für viele Arbeitslose - es ist leider so - ist der Fleischgenuss Luxus und sie werden die Bons veräussern, um sich noch wichtigere Lebensmittel kaufen zu können. Dann wird der Fleischverkauf durch Bons von Leuten vorgenommen, die sowieso Fleisch kaufen, es aber durch die Bons billiger erhalten. Der Konsum an inländischem Fleisch wird also dadurch nicht verstärkt werden, wie man es durch die Einführung des Bonsystems beabsichtigt.

Im ganzen genommen ist es also eine vollkommen unzureichende Regelung der Frage des Gefrierfleischerersatzes. Weder hat die Landwirtschaft einen Nutzen, noch wird den notleidenden Bevölkerungsschichten der Fleischverbrauch in notwendiger Masse verbilligt. Weiter muss daher dringend die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gefordert werden.

Wie die Margarineindustrie ist die Oelindustrie ausserordentlich stark konzentriert. Jürgens und van den Berg haben sich 1927 voll verschmolzen, 1929 erfolgte die Vereinigung mit Lever Brothers, dem grössten Seifenkonzern der Welt; ein Interessengemeinschaftsvertrag besteht mit dem Schichtkonzern in Aussicht, so dass diese Zusammenschlüsse in der Margarineindustrie auch enorme Stellung auf den Rohstoffmärkten sichern mussten.

Die deutsche Margarineerzeugung beträgt heute über 480 000 Tonnen gegen rund 200 000 Tonnen in der Vorkriegszeit. Der Produktionswert der Margarine wird auf 600 Mill. RM. berechnet. Der Verbrauch je Kopf bleibt mit 10 Mk. hinter dem Zuckerverbrauch (14 Mk.) und dem Butterverbrauch (17 bis 18 Mk.) zurück. Auf die Konzerne entfallen etwa 77% der Margarineerzeugung. Der Lohnanteil beträgt in der Margarineindustrie insgesamt etwa 7 bis 8%. In den kapitalkräftigen Konzernbetrieben ist die pro Kopf-Leistung von 1928 bis 1930 von 95,3 auf über 100 Tonnen im Jahr gestiegen, in der freien Margarineindustrie zeigte ein Durchschnitt von 59 Betrieben im Jahre 1928 eine pro Kopf-Leistung von 61 Tonnen. Die Margarineindustrie verwendet heute etwa 78,4% pflanzliche Fette, 15,9% Tran und nur noch 5,7% tierische Fette gegen etwa 53% (!) im Jahre 1913, der augenfälligste Wandel in der Struktur dieser Industrie. Bemerkenswerterweise verwenden die freien Margarinefabriken mit 11% etwa die doppelte Menge von tierischen Fetten als die Konzernfabriken.

Je Kopf der Bevölkerung ist der Margarineverbrauch in Deutschland von 1913 bis 1929 von 3 auf 7,6 kg gestiegen. Er ist zwar grösser als in England mit 9,6 kg und in Schweden mit 7,3 kg pro Kopf, bleibt aber hinter Holland mit 8,4, Norwegen mit 17,7 und Dänemark, dem grössten Buttererzeuger der Welt mit sogar 22,4 kg stark zurück. Die stärksten Margarineverbraucher in Dänemark sind die die Butter erzeugenden Bauern. Der Margarineverbrauch ist in Deutschland sehr verschieden. So verkauft die GEG. je Mitglied im Ruhrgebiet jährlich 18,24 kg, in Dresden 15,52 kg, in Gross-Berlin 7,11 kg und in München nur 4,84 kg. Für die Handensspannen scheinen nur die Konsumvereine Unterlagen zur Verfügung gestellt zu haben. Ohne Rückvergütung werden Endaufschläge bei den Konsumvereinen genannt von 15%, bei den billigsten Margarinesorten nur von 7%, sodass bei Abzug der Rückvergütung von etwa 5% nur ein Bruttonutzen bei den Konsumvereinen von 1,53% verbleibt.

Die Weltproduktion der Margarine wird auf 1,4 Mill. Tonnen berechnet. Der Hauptanteil mit 1,15 Mill. Tonnen entfällt auf die europäischen Industrievölker; an dieser Erzeugung ist der Jürgens-van den Berg-Konzern wieder mit 65% beteiligt, der die österreichische Produktion zu 100%, die holländische zu 90%, die englische, belgische und tschechische zu je 70 und auch die deutsche und französische mit je 70% allein beherrscht.

Berühmt ist der Streit um die Aufhebung der Oelzölle, die von den konzernfreien deutschen Margarinefabriken verlangt wird. Diese Aufhebung soll die ausländische Rohstoffversorgung für konzernfreien Fabriken erleichtern und damit deren Konkurrenzfähigkeit erhöhen. Der Enqueteausschuss sagt nicht Ja und nicht Nein zu dieser Frage. Die Oelmühlen, die den Zoll verteidigen, hätten zwar zunächst ihre Produktion durch die Zölle erhöhen können; heute sei die Steigerung aber von der Erhöhung des Bedarfs abhängig. Andererseits glaubt der Ausschuss, dass die Aufhebung der Zölle der freien Margarineindustrie nicht die von dieser Seite erwartete Erleichterung bringen würde.

SPD. Die Aufhebung des Gefrierfleischkontingents von 50 000 Tonnen konnte im April vom Reichsernährungsminister Schiele im Reichstag nur durchgesetzt werden, indem er versprach, den minderbemittelten Bevölkerungsschichten den Fleischgenuss anstatt durch das billige Gefrierfleisch durch verbilligtes Inlandsfleisch zu ermöglichen.

Am 1. Oktober ist nun der letzte Teil des Kontingents von 12 500 Tonnen erschöpft und Schiele musste wohl oder übel sein Versprechen einlösen, umso mehr, als die Regierung von Berlin und anderen Grosstädten, die um die Ernährung ihrer Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten besorgt waren, gedrängt wurden, Ersatz für das Gefrierfleisch zu schaffen. Man hatte sich im Reichsernährungsministerium lange den Kopf darüber zerbrochen, wie man die Mittel für die Verbilligung des Inlandsfleisches aufbringen sollte. Die wegen Fortfall des Kontingents neu in die Reichskassen fliessenden 22½ Millionen Mark an Zolleinnahmen kamen nicht in Frage, da man gleichzeitig den § 12 des Fleischbeschaugesetzes wieder eingeführt hatte, nach dem geschlachtetes Vieh nur in Verbindung mit der Innenteilen eingeführt werden darf. Dies ist naturgemäss bei Gefrierfleisch nicht möglich, so dass der Gefrierfleischimport völlig unterbunden war und damit auch keine Einnahmen aus der Gefrierfleischeinfuhr zu erwarten sind. Auch die Vertröstung auf "reichliche Einfuhr von Renntierfleisch", dessen Zoll in dem Abkommen mit Finnland ermässigt worden ist, war Bluff, da höchstens jährlich 1 000 Renntiere eingeführt werden. Das aufgehobene Gefrierfleischkontingent umfasst dagegen 200 000 Rinder. Ausserdem kostet der Renntierbraten selbst unverzollt mehr als Rehbraten, kommt also für die Ernährung der minderbemittelten Schichten nicht in Betracht.

Man kam nun auf den Gedanken, an die Minderbemittelten Bons auszugeben, die beim Fleischer an Stelle von Bargeld in Zahlung genommen werden sollten. Diesem Vorschlag hat sich das Kabinett angeschlossen und der Reichsernährungsminister hat erklärt, dass es ab 1. Oktober an die Minderbemittelten in den Gemeinden, denen bisher zollfreies Gefrierfleisch zugeteilt war, künftig Gutscheine zum verbilligten Bezug von Frischfleisch erhalten. Aufgabe der Gemeinden ist es, den Kreis der wirklich Minderbemittelten festzustellen. Die Verbilligung soll 20 Pfennige pro Pfund betragen.

Diese Bonsverteilung ist aber nur ein sehr magerer Ersatz für Gefrierfleisch. Die Gemeinden sollen einmal feststellen, wer minderbemittelt ist, und dann die Verteilung vornehmen. Also entsteht eine grosse Arbeitsbelastung für die Gemeinden. Wer ist nun minderbemittelt? Zumindesten die Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten! Dann würden 60 bis 80 Millionen an Verbilligungszuschüssen gebraucht werden. Es sind aber für das erste halbe Jahr nur 10 Millionen für diesen Zweck vorgesehen. Das bedeutet einen völlig unzureichenden Ersatz für Gefrierfleisch. Ausserdem bietet die Höhe der Bons von 20 Pfennigen je Pfund nicht im entferntesten die gleiche Verbilligung des Fleischgenusses wie das zollfreie Gefrierfleisch. Dieses ist 40 % billiger als Frischfleisch. Durch den Bon kann das Frischfleisch (Schweinefleisch kostet ungefähr 1,30, Rindfleisch 1,20 Mark) nur um rund 16 % verbilligt werden. Schliesslich wird durch dieses Bezugscheinsystem wieder üblen Schiebereien Tür und Tor geöffnet. Für viele Arbeitslose - es ist leider so - ist der Fleischgenuss Luxus und sie werden die Bons veräussern, um sich noch wichtigere Lebensmittel kaufen zu können. Dann wird der Fleischverkauf durch Bons von Leuten vorgenommen, die sowieso Fleisch kaufen, es aber durch die Bons billiger erhalten. Der Konsum an inländischem Fleisch wird also dadurch nicht verstärkt werden, wie man es durch die Einführung des Bonsystems beabsichtigt.

Im ganzen genommen ist es also eine vollkommen unzureichende Regelung der Frage des Gefrierfleisчерsatzes. Weder hat die Landwirtschaft einen Nutzen, noch wird den notleidenden Bevölkerungsschichten der Fleischverbrauch im notwendigen Masse verbilligt. Weiter muss daher dringend die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gefordert werden.

Wirkung der höheren Weizenzölle.

(Berliner Getreidebörse vom 29. September.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war merklich befestigt. Massgebend hierfür war die über alles Erwarten schnell angeordnete Erhöhung der Weizeneinfuhrzölle, die sofortige Wirkung erlangen wird. Infolgedessen konnten am Markt der Zeitgeschäfte die Weizennotierungen um 3 bis 5 Mark anziehen. Im Handel mit effektiver Ware fehlte es völlig an Angebot, was allerdings z.T. darauf zurückzuführen ist, dass bei dem schönen Wetter die Landwirte vollauf mit der Kartoffelernte beschäftigt sind. Auch hier gingen die Preise um etwa 4 Mark in die Höhe. Roggen wurde von der Bewegung weniger mitgezogen, zumal prompte Ware in Kahnladungen weiter reichlich zur Verfügung stand. Immerhin konnten sich auch hier die Preise um etwa 2 bis 3 Mark befestigen. Am Markte der Zeitgeschäfte lauteten insbesondere die Notierungen für die späteren Monate höher. Am Mehlmarkt waren die Forderungen der Müller für Weizenmehl um 25 bis 50 Pfennig erhöht, ohne dass hierdurch das Geschäft merklich belebt wurde. Roggen wurde nur in kleinsten Mengen zu unveränderten Preisen umgesetzt, Hafer hatte geringfügiges Angebot, jedoch auch keine Nachfrage. Lediglich nach feinsten Qualität neuer Ernte machte sich Nachfrage bemerkbar; diese konnte auch höhere Preise erzielen.

	27. September (ab märkische Station in Mark)	29. September
Weizen	219 - 222	222 - 225
Roggen	149 - 151	149 - 150
Braugerste	198 - 220	198 - 220
Futter- und Industrierogerste	172 - 184	172 - 184
Hafer	147 - 156	147 - 158
Weizenmehl	26,50-34,75	26,50-34,75
Roggenmehl	22,25-26,00	22,25-26,00
Weizenkleie	7,50- 8,00	7,25- 7,75
Roggenkleie	7,25- 7,50	7,00- 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 239, Oktober 241 bis 242½ Geld, Dezember 255-256, März 270. Roggen September 164, Oktober 166-165, Dezember 181-179½, März 194-192½, Hafer September 148½, Oktober 151½-151, Dezember 162-160½, März 176 und Brief.

Amthliche Eiernotierungen.

(29. September)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 15, Klasse A 60 gr 14½, Kl. B. 53 gr 13¾, Kl. C. 48 gr 12½, frische Eier, Klasse B. 13, aussortierte kleine und Schmutzeier. Auslandseier: Dänen 18er 14½, 17er 14, 15½-16er 13½, Schweden 18er 14½, 17er 14½, 15½-16er 13¾, Estländer 17er 13¾, 15½-16er 13½-13¼, Rumänen normale 11½-12, Polen grössere 12, normale 10½-11, kleine, Mittel- und Schmutzeier 9-9½. In- und ausländische Kühlhauseier -. Witterung schön, Tendenz fest, Nächste Notierung am 6. Oktober.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 72

Berlin, den 29. September 1930

Frauenrechte vor 4 000 Jahren.^x

SPD. Die Frauenfrage ist schon in den ältesten Gesetzen, die wir kennen, behandelt worden, die Hammurabi, König von Babylon, seinem Volke gegeben hat. Diese Gesetze gehen zum Teil nicht nur über entsprechende Gesetze im klassischen Altertum und im Mittelalter hinaus, sondern auch über die bis vor kurzem oder sogar noch heute geltenden. In der Einleitung zu Hammurabis Gesetz über die Rechte der Frauen heisst es ausdrücklich, dass es Waisen und Witwen schützen und die Unterdrückung der Schwächeren durch die Starken hindern will. Zudem nahm die Frau im alten Babylon eine weit freiere Stellung ein als in späteren Zeiten bei den Israeliten oder bei den Völkern des klassischen Altertums oder bei den Germanen. Die verheiratete Frau war in den meisten Lebensverhältnissen dem Manne gleichgestellt. Selbst der Weg zu Ämtern und Würden stand ihr offen. Man hat z.B. Dokumente gefunden, nach denen zehn Prozent aller Schreiber, worunter man damals Advokaten verstand, Frauen waren. Noch häufiger waren Frauen, wie Geschäftskontrakte erweisen, im Geschäftsleben vertreten.

In der Ehe war der Mann das Oberhaupt der Familie, hatte jedoch keineswegs uneingeschränkte Macht über Frau und Kinder. Schon damals wurde die Ehe vor einer Person der Obrigkeit geschlossen, also nicht ausschliesslich kirchlich, wie in späteren Zeiten. Die Rechte der Ehegatten wurden juristisch durch einen Ehekontrakt festgelegt, der bei uns bis zum heutigen Tage nicht obligatorisch ist. Er enthielt die Namen der Kontrahenten, daneben Vermerke über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse, die Grösse der Mitgift, also des eingebrachten Vermögens der Frau, und auch Verhaltensmassregeln für eventuelle Scheidungsfälle. Eine besondere Klausel in dem Kontrakt sicherte die Frau davor, für Schulden zu haften, die der Mann vor der Eheschliessung gemacht hatte. Die Rechte der Eltern gegenüber den Kindern waren gleich. Ungehorsam gegen die Mutter unterlag strenger Strafe. Heute hat nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Vater allein das Bestimmungsrecht über Schule, Beruf und Eheschliessung der unmündigen Kinder. Er kann sogar die Kinder der Mutter nehmen und sie anderswo erziehen lassen.

Besonders ausführliche Bestimmungen gelten der Scheidung. Auch hier zeigt sich ein grosser Gegensatz zu den Bestimmungen des Orients, nach denen die Frau verstossen werden konnte. Hammurabi stellte dem formalen Rechte des Mannes auf Scheidung schwere ökonomische Schwierigkeiten entgegen. Auf der anderen Seite erleichterte er der Frau die Möglichkeit, von dem Manne loszukommen. Wie überall im Orient galt die Kinderlosigkeit als triftigster Scheidungsgrund. Sie berechtigte den Mann, eine andere Frau zu nehmen. Er wurde dann aber verpflichtet, der Frau den "Brautpreis" und die Mitgift zurückzugeben und einen sogenannten Scheidungspreis zu erlegen. Nach erfolgter Scheidung durfte die Frau einen andern Mann heiraten. Waren Kinder vorhanden, so blieben sie bei der Mutter. Diese durfte erst nach vollendeter Erziehung der Kinder einen andern Mann heiraten. Starb der geschiedene Mann, so hatte die Frau bei der Erbteilung einen Teil der Erbschaft in der Grösse des "Sohnesanteils" zu beanspruchen. Vielweiberei war nicht gestattet. Nur wenn die Ehefrau ernstlich erkrankte, durfte der Gatte eine zweite Frau nehmen. Da aber der humane Gesetzgeber erkannte, dass das Zusammensein mit einer zweiten Frau für die Erkrankte schädlich sein könnte, so durfte sie auch nach Wiedererlangung ihrer Mitgift zu ihren Eltern zu-

rückkehren. Untreue der Frau galt als Verbrechen und wurde mit dem Tode durch Ertränken bestraft. Der Mann hatte allerdings dann das Begnadigungsrecht. Da gegen bestanden ähnlich strenge Bestimmungen für die Untreue des Mannes nicht.

War es schon für den Mann nicht leicht, die Scheidung durchzusetzen, so bestanden für die Frau nur drei Gründe zum Recht auf Scheidung. Einer davon war die Gefangennahme des Mannes während eines Krieges. Hatte die Frau dann nicht genügend Mittel zum Lebensunterhalt, so durfte sie sich mit einem zweiten Manne vernählen. Kam jedoch der erste Mann aus der Gefangenschaft zurück, so musste sie den zweiten Mann verlassen und zu ihrem ersten zurückkehren. Hatte die Frau aber genügend Mittel zum Lebensunterhalt, so galt ihre Verbindung mit einem andern Manne als todeswürdige Untreue, wenn ihr Mann in Diensten des Königs stand. Ferner durfte die Frau einen andern Mann heiraten, wenn ihr Gatte sie böswillig verlassen hatte.kehrte er später zurück, so brauchte sie nicht wieder mit ihm zusammenzuleben. Endlich galt es als Scheidungsgrund, wenn der Mann das eheliche Zusammenleben verweigerte und ein ausschweifendes Leben führte. Auch dann aber erfolgte die Scheidung erst nach gründlicher Untersuchung der Verhältnisse.

Die Frau stand nach Hammurabi nicht unter Geschlechtsvormundschaft. Sie war selbständig handlungsfähig und konnte Rechtsgeschäfte abschliessen, was bei uns bei der verheirateten Frau nicht erlaubt ist.

Der Mann konnte sich eine Nebenfrau halten, die im Range der Hauptfrau nachstand, deren Kinder aber erbfähig waren. Er konnte sich auch statt der Nebenfrau eine oder mehrere "Mägde" halten. Es kam sogar vor, dass die Ehefrau selbst eine Magd mit in die Ehe brachte zur Bedienung und vielleicht auch für den Mann, um die Heirat mit einer Nebenfrau zu verhindern. Manchmal kauften Mann und Frau zusammen eine Tochter armer Leute. In einem uns überlieferten Kaufvertrag aus der Zeit Hammurabis heisst es ausdrücklich, dass das gekaufte Mädchen dem Mann als Wein, der Frau als Magd dienen müsse. "Spricht sie aber zu der Frau: "Nicht bist Du meine Herrin", so soll man sie mit einem Sklavenmaß brandmarken und sie für Silber verkaufen". Die Kinder der Mägde konnten von dem Vater anerkannt werden. Sie standen dann den ehelichen gleich und hätten gleiches Erbrecht mit ihnen. Der eheliche Sohn hatte jedoch den Vorzug, dass er sich seinen Anteil aus dem Erbe aussuchen konnte. Da ein formeller Ehevertrag notwendiges Erfordernis der gültigen Vollehe war, so konnte der Brautvater dem Schwiegersohn Bedingungen über die Behandlung der Frau auferlegen. So ist schon damals die Stellung der Ehefrau zuerst rechtlich gebessert und überhaupt gesichert worden. Die Mutter, stand wie dem Vater, nach dessen Tode das Recht zu, unehrerbietige Kinder hart zu strafen. Bei wiederholter schwerer Verfehlung dürfen die Kinder mit Genehmigung des Richters verstossen werden. Nach dem Tode des Vaters erhalten die Kinder keinen männlichen Vormund. Seine Rechte stehen der Mutter zu. So finden wir in den Gesetzen Hammurabis gewisse Rechte der Frau präsentiert, die bei einer Reihe von Völkern in späteren Zeiten nicht mehr vorhanden sind.

Anna Bloss.

Mannequins.^x

SPD. Sie gehen mit federnden Beinen vorüber an jenen Menschen, deren Schicksal auf der helleren Seite des Lebens erfüllt wird, deren Alltag dem Sonntag der Mannequins etwas ähnlich - die das Geld haben, das jene sich wünschen... Sie zeigen sich schön und Schönes an ihren Gliedern, und sie lernen nur eines: dass schöne Dinge nichts mehr bedeuten, sobald sie billig werden, sobald sie jedem zugänglich sind. Das bestärkt ihre Sehnsucht nach Kostbarkeit, im Leben, im Vergnügen, in - der Liebe. Sie belächeln die "kleinen Mädchen", deren Glück mit einem Seidenkleid aus dem Ausverkauf beginnt, und deren Zufriedenheit auf

angeborenem und selbstverständlichem Verzicht auf den Luxus beruht. Ihnen "tun diese Geschöpfe leid", deren Art, das Dasein zu nehmen, so viel klüger und gesünder ist, einfache Wesen mit der naturhaften Achtung vor der Arbeit. Mannequin führen vor. Das ist keine Arbeit. Das ist - Eleganz aus Not, Maske seltener Stunden und darum ihr wahres, in Entbehrung gestrafftes Gesicht. Es lächelt, wenn es beneiden muss.

Mannequins werden entdeckt. Sie sind die Stars der Konfektion. Sie erscheinen in Kolonnen, sobald ein Inserat nach ihnen ruft, denn ihrer sind weit mehr als es Möglichkeiten gibt, auf Modetees vorzuführen oder in spiegelnden Räumen reichen Leuten private lebende Bilder im richtigen Bewegen richtiger Kleidung zu geben. Der Chef, die Directrice wissen nicht, wo die die Mädchen mit den geraden Beinen und glatten Gesichtern geboren werden. Es ist auch nicht wichtig. Schulzeugnisse und Familie sagen nichts für oder gegen die Grazie, und abgesehen von Paris, New York und London sind selbst in diesem Beruf die "kleinen Mädchen" an Zahl den auftauchenden russischen Fürstinnen überlegen. Man sagt in Fachkreisen: auch an Charme. Womit nichts gegen die Fürstinnen behauptet wird...

Ihre Eltern, alt und mit vieler Furcht vor dieser Zeit, der alles selbstverständlich geworden ist, was ihnen Mysterium war, bewohnen die Vorstadtquartiere mit Aussicht auf das Leben der Armen in Hinterhöfen und zwei Fenstern in eine nie zu breite Strasse. Man hat drei Zimmer, Küche, eine gute Stube für Konfirmationen und silberne Hochzeiten, ein gesichertes Einkommen und grenzenlose Angst vor Abbau, Inflation, Bürgerkrieg, die man durch ein Sparkonto mit sechshundert Mark ein für alle Mal zu überwinden hofft. Der Vater ist Bürodiener, Lagerinspizent, vielleicht auch Handwerker, und die Mutter schneidert. Die Tochter sollze sich selbst ihr Brot verdienen und sich trotzdem die kleinen Hände nicht beschmutzen. So wurde sie Verkäuferin mit viel Sinn für Kleidung, und die Mama macht aus preiswerten Stoffen Roben für das Mädch, die nach etwas aussehen, vielleicht auf einem Ball prämiert werden - dort entdecken gewisse Leute die Vorfürdame, oder sie werden bei einer Vorstellung durch das gut sitzende Kostüm überzeugt von der Qualität - der Trägerin.

Die Laufbahn beginnt. Es ist ein Lauf im wahrsten Sinne des Wortes, von vormittags an, wo die Directrice Instruktionen erteilt und "Modelle abnimmt", mit dreifach kritischerem Auge als die verwöhnteste Kundin, bis zur shopping-Stunde, für die man alle Nerven im Riesenbündel beisammen haben muss, um mit ihnen die ewig prüfenden Blicken pendelnden Beine zu dirigieren, die Arme zu knicken, dass eine Linie entsteht, wie man Kleider trägt, und den Nacken zu runden, wie es modisch verlangt wird. Während sie gehen, schiebt mancher "mitgebrachte" Herr kleine Zettel in den Kreislauf der Vorführenden: Morgen 6 Uhr Mascott-diele, und zuweilen lernen die Mannequins die Herren kennen. Fast immer gibt es bald eine Szene, oder eine Abfindung. Nie ein Schicksal, selten eine Bindung. Mannequins haben einen Freund. Sein Anzug sitzt so tadellos wie ihre Kleider. Er tanzt einwandfrei und weiss sich zu benehmen, genau wie sie. Nicht für fünf Pfennig mehr darf man von ihm erwarten: Familie? Sooo. Geld? Lala, hat er auch keins. Eine Zukunft? Mein Gott, man will sein Leben geniessen und sich nicht totarbeiten. Es gibt auch den Freund "mit Auto" -, das seinem Vater gehört. Hier wird die Sache ernster und, einmal in tausend Fällen, tragisch. Es kann auch in Ehe ausarten - und sie ist glücklich, wenn die Not einen weiten Bogen um das Haus macht.

Mannequins sind Damen - ohne Hintergrund. Sie wirken genau, als ob. Sie sprechen ebenso. Ihnen gehört - in ihrer Vorstellung, ihren Wünschen - die grosse Welt, und wo ein Büromädch mit dem gleichen Einkommen aus mancherlei Gründen nicht zugelassen wird, sind sie dabei, teils solo, teils duo. Man nimmt sie zur Kenntnis; man behandelt sie wie Damen, mit ganz leisem Unterton, den sie nicht spüren. Sie sind zu Gast. Zuhause? Nein. Das ist am anderen Ende..

Können Mannequins weinen? Sie lächeln, wenn sie lachen. Ihnen gefällt etwas nicht, wenn es sehr traurig ist. Ihr Herz schlägt ein wenig leiser als andre

Herzen, und das ist es eben... "Ich liebe.." können sie nicht sagen - sie mögen "etwas leiden", "haben einen gern". Ihre Gefühle sind blutarm; das stört sie nicht. Es macht sie - oft - anderen, richtigen, Frauen überlegen. Nie ist, wir wissen es, Ueberlegenheit sichtbare Stärke. Doch sie fördert. Im Beruf, und so, Mannequins wollen hinauf. Die Welt der Feste, der Schönheit und Raffinements, die sie bezahlt, erscheint ihnen zu Unrecht abgesondert. Sie atmen die teuersten Parfums. Um ihre Hüften schmiegen sich die edelsten Stoffe in künstlerischem Schwung der Moden, und von all dem bleibt jener Hunger, den ein Kind im Geruch der Konditorei spürt, der in Schwaden auf die Strasse schlägt und alle Begierden weckt. Vom Tage, da das Verlangen bewusst wird und sich im angeborenen Intrigenhirn des Weibes einnistet (manche mögen es nie merken; vielleicht sind es sogar viele!), heiligt der Zweck die Mittel. Sie suchen den Weg zum Film, zur Bühne; sie sind bei allen Schönheitskonkurrenzen in der ersten Kolonne und lernen hier den Segen des Wortes "Beziehung" kennen. Sie knüpfen die Fäden, bis einmal die leichte, unsichtbare Schlinge der Anmut den richtigen Pfeiler umrankt, und unerbittlich ziehen sie hinauf - um, angelangt, die Bitternis des Besitzens zu empfangen und, aus einer anderen Richtung, wieder hineinzugreifen in die grosse Leere, die sie umgibt.

Behaupten sie sich, gut! Auch sie werden alt. Der Abstieg, und sei es nur der der Jahre, kommt dennoch. Gleiten sie ab, so ist die Hoffnung immer noch da, ein anderes Mal den Mantelzipfel des Glücks festzuhalten. Kenren sie um oder wirft man sie fort, da jede Hülle einmal ausgedient hat, so schützt sie ihr besonderer Gott vor der Verzweiflung: sie können nicht leiden, wie sie nicht lieben können. Ihre Rettung und ihr - Untergang ist jenes Lächeln, das sie noch umgibt, wenn sie, verlassen von der Grazie der Jugend, in einem Vorstadtladen Stoffreste verkaufen.

Dort wird ihr Leben so billig, wie es von Anbeginn war....

Walter Anatole Persich.

Angstneurosen.^x

SPD. Vom Sprachgebrauch wird die Angst meist mit der Furcht zusammenge-
worfen, oft mit ihr verwechselt. Und doch ist sie weit unheimlicher. Die Furcht bezieht sich auf irgendwelche ganz konkreten Gegenstände oder Menschen. Man hat Furcht vor wilden Tieren, vor Strafe, vor der Tyrannei eines Vorgesetzten; man fürchtet, abgebaut zu werden oder sein Vermögen zu verlieren. Die Angst aber ist gegenstandslos: wie ein Alpdruck legt sie sich uns schwer auf die Brust, - ein unbestimmbares Gefühl von Enge und Eingeschnürtheit, deutliche, aber schwer zu bestimmende Organempfindungen sind es, die die Angst begleiten. Das Organ aber, von dem diese Angstgefühle am ehesten ausgelöst werden, dessen spezifischer Ausdruck, dessen Sprache sie so zusagen sind, ist das Herz. Kein Wunder also, dass organische Erkrankungen des Herzens, auch wenn sie auf noch so geringfügige Störungen zurückgehen, häufig die für den Herzkranken so charakteristische Stimmungslage erzeugen, jene düstere Gemütsfärbung, die sich bis zur Schreckensstarre, zum Todesahnen steigern kann, ein vorweggenommenes Sterben, - stammesgeschichtliche Anklänge an den Ursprung aller Angst!

Zum Glück sind die Erkrankungen des Herzens, d.h. wirklich organisch bedingte Herzkrankheiten, viel seltener, als man gemeinhin annimmt. Weitaus verbreiteter sind die unter dem schädlichen Schlagwort "Herzneurosen" zusammengefassten, unendlich abgestuften nervösen Angsterscheinungen, die mit organischen Störungen gar nichts zu tun haben, vielmehr das Herz nur gewissermassen als ausführendes Organ benutzen, während die Angst, die eigentliche Krankheit, aus ganz andern Quellen - häufig aus einer Konfliktsituation, einem seelischen Zwiespalt - stammt, den der Kranke nicht zu meistern vermag. Genau wie wenn

man sich vor einer Prüfung befindet oder einer sonstigen entscheidenden Wendung des Lebens, stellen sich auch dem Konflikt gegenüber Herzklopfen und Beklemmungsgefühle ein, Druck oder Schmerz in der Herzgegend, Aufgeregtheit und Zittern, - kurz: Symptome, die den Patienten sehr leicht zu der Annahme bringen können, dass er an einer Herzkrankheit leidet und beim nächsten schweren Anfall vom Herzschlag getroffen werden könnte. Diese Befürchtung wird häufig als Grund angegeben, aus dem der Patient das Haus nicht mehr verlassen könne. Findet sich dann noch der Arzt, der diese Beschwerden als "Herzneurose" diagnostiziert, so ist nur noch ein Schritt bis zur regelrechten Angstneurose, die sich dann als Platzangst, Eisenbahnangst, Angst vor dem Alleinsein und noch auf mannigfache andere Weise äussern kann.

Schnell schreitet die Angstneurose vorwärts. Verhängnisvoll greift sie ein in das alltägliche Leben des Menschen, das sie umprägt und durch die ewige Angst vor einem Anfall verbittert; und in der Tat gehört ja auch der Angstanfall zu den qualvollsten Zuständen, die wir kennen. Um ihn zu vermeiden, zieht sich der Kranke immer mehr vom Leben zurück; da er oft nicht mehr wagt, allein auf die Strasse zu gehen, wird er auch in seinem beruflichen Leben geschädigt. Durch die Furcht, in Gesellschaft einen Angstanfall zu bekommen, wird er ferner in seiner sozialen Kontaktfähigkeit schwer behindert und bleibt schliesslich isoliert. Die unvorsichtige Diagnose "Herzneurose" hat viel zur Verschlimmerung des Leidens beigetragen. Ohne direkt, falsch zu sein, bestärkt sie doch den ohnehin überempfindlichen und überängstlichen Patienten in seiner Annahme, dass er herzleidend sei. Das vergrössert seine Angst, - durch die Verschlimmerung der Angst wachsen dann auch wieder die Herzbeschwerden und dadurch wiederum die Angst, - ein "Aufschaukeln der Symptome!"

Wie kann man nun dem Angstkranken helfen? In erster Linie dadurch, dass man ihn von dem unseligen Glauben an eine organisch bedingte Herzkrankheit befreit und ihn über die wahre Bedeutung des Ausdrucks "Herzneurose" aufklärt, die keine Erkrankung des Herzens, sondern nur eine bestimmte Art der Angstneurose bezeichnen will. Erst recht natürlich muss sich der hinzugezogene ärztliche Berater vor Fehldiagnosen hüten, indem er etwa aufgrund eines zufälligen Geräusches am Herzen bei dem Angstkranken einen Klappenfehler, aufgrund einer leichten Erhöhung des Blutdrucks bei älteren Menschen eine Arterienverkalkung des Gehirns oder aufgrund von Aufgeregtheit, Zittern und Schwitzen bei einem mit Ansatz zum Kropf Behafteten eine Basedow'sche Krankheit diagnostiziert. Auch sonst sollte alles vermieden werden, was den Angstkranken in der Ueberzeugung, organisch krank zu sein, bestärkt. Unzweckmässig ist daher das Verbot von Kaffee und weit schädlicher noch die Verordnung von Schonung, Bade- und Sanatoriumskuren, weil sie alle nur die Suggestion verstärken, dass der Patient ernstlich krank und arbeitsunfähig sei. Ein Kapitel für sich bilden noch die zahllosen unnötigen Operationen, zu denen der Neurotiker durch falsche Diagnose verführt wird.

Hat der Patient erst einmal aus einer umfassenden körperlichen Untersuchung, die eine Blutuntersuchung, Röntgendurchleuchtung, evtl. Grundumsatzbestimmung einschliessen soll, die Ueberzeugung gewonnen, dass seine Beschwerden wirklich nur nervöser Natur und ausschliesslich seelisch bedingt sind, so hat der Arzt im allgemeinen schon halb gewonnenes Spiel, zumal da ihm dann noch eine ganze Reihe positiver Massnahmen zu Gebote stehen, die oftmals sehr schnell zum Erfolge führen. Handelt es sich allerdings um eine seit Jahren oder gar Jahrzehnten bestehende Angst, so wird nur eine fachgemässe seelische Behandlung durch den Nervenarzt Aussicht auf Heilung haben. In leichteren Fällen dagegen bewirkt manchmal schon eine einfache Aussprache des Patienten mit seinem behandelnden Arzt Wunder. Oft - und das ist vielleicht der häufigste Fall - ergibt sich aus den Fragen des psychologisch geschulten Arztes, dass der Angstzustand durch einen schweren seelischen Konflikt erzeugt worden ist - etwa zwischen sexuellen Bedürfnissen und Furcht vor Empfängnis, bezw. Ansteckung, zwi-

schen feindseligen Impulsen gegen Angehörige und moralischen Regungen, zwischen Ehrgeiz und Minderwertigkeitsgefühl. Dieser seelische Zwiespalt muss, ebenso wie wirksame Milieueinflüsse, in seiner jeweiligen Gestalt aufgedeckt und dem Patienten im Zusammenhang mit der Angst erklärt werden. Feindselige Regungen oder Eifersucht können, nachdem sie erkannt sind, unter Umständen wirksam bekämpft werden. Ist dann die Angst durch alle diese Massnahmen bis auf einen geringen Rest geschwunden, so wird dieser Rest am leichtesten beseitigt, wenn der Patient dazu angehalten wird, sich nicht darum zu kümmern, d. h. sich so zu verhalten, als ob keine Angst mehr da wäre. Die Angehörigen tun sogar gut, die Angst schon zu einer Zeit, wo sie noch stärker ist, unberücksichtigt zu lassen, da Beachtung und Schonung den Patienten nur in seiner Einstellung bestärkt. — Dazu kommt das letzte und wichtigste, das aktive Stadium, in dem der Kranke dahin gebracht wird, schwierigen Situationen nicht aus dem Wege zu gehen, sondern sie im Gegenteil aufzusuchen, nach dem Grundsatz von William James, "jeden Tag etwas nur darum zu tun, weil er es lieber nicht tun möchte", komplizierte Aufgaben anzugreifen, nur um daran seine Kräfte zu stählen, Mut und Selbstgefühl zu steigern. Eine solche aktive Behandlung, die jeder andern Methode überlegen ist, macht aus dem Angstkranken meist schon nach kurzer Zeit einen den beruflichen und sozialen Pflichten wiedergewonnenen, der seinen Platz im Leben wieder voll ausfüllt.

Dr. Lily Herzberg.

Viertelstunde im Kinderland.^x

SPD. Es macht viel Spass, auch für den, der abseits steht, der nicht mit ihnen spielen darf, weil er "zu gross" ist. Das Kind wird, wenn es nicht gerade verzogen ist, immer bescheiden sein. Es braucht kein kompliziertes Spielzeug. Oft ist zu beobachten, dass gerade ein einfaches Ding, das der Spielphantasie des Kindes Tür und Tor offen lässt, am meisten benutzt wird. Wer einmal Spielplätze besucht, kann das an manchen Einzelheiten beobachten. (Abgesehen davon wird sich eine Stadtverwaltung schwerlich dazu bereit finden, Eisenbahnen, Autos oder Luftschaukeln dutzendweise zur Verfügung zu stellen. Ueberdies: wie sähe solches Spielzeug nach einem Tage aus!)

Dafür gibt es aber Sand! Was kann man damit alles machen! Der eine baut einen Berg mit Gräben und Tunnels; Grashalme als Bäume säumen einen Zickzackweg; ein oben liegt ein Stein: der Aussichtsturm. Vielleicht wird das kleine phantasiebegabte Kerlchen später einmal Baumeister. Richtungsgebend ist freilich ein bevorzugtes Spiel nur sehr selten, denn sonst würden fast sämtliche Jungens später Lokomotivführer oder Strassenbahnschaffner werden. Aber Lieber zum ernstesten Spiel wird meist Liebe zu ernster Arbeit.

Das eine Viertel des Sandbackens haben die Bäckermeister gepachtet. Hier gibt's Pfannkuchen und Napfkuchen in grosser Auswahl. Hin und wieder misslingt einer. Dann war der "Teig" zu trocken; er wird — Materialkosten spielen keine Rolle — weggeworfen, und der Versuch wird wiederholt. Ein kleiner Strohblonder — er kann kaum laufen und bewegt sich zumeist als Vierfüssler fort — kommt in die Backstube. Er "hasst das Gebilde von Menschenhand" und zerstört es mit revolutionärer Gebarde. Immer wieder. Aber die Bäckermeister haben unendliche Geduld mit ihm, bis er sich an einen Mandelkuchen heranwagt (die Mandeln sind hier Kieselsteine), um das kunstvolle Gebäck ebenfalls in seine Urbestandteile aufzulösen. Da reisst dem einen Gehilfen die Geduld, und er wendet sich an ein grösseres Mädchen: "Marteil, hol man den Willi weg, er reisst uns alles ein!" Willi verlässt zwar den Schauplatz seines wenig volkswirtschaftlichen Tuns, versucht es aber aufs neue; doch die beiden anderen geben jetzt Obacht: er darf sich nicht mehr in der Backstube sehen lassen.

Grossen Zuspruchs erfreut sich das Karussell. Die grösseren Kinder ersetzen unter Aufbietung aller Kräfte den fehlenden Motor. Es ist dauernd besetzt.

Trotzdem: Kämpfe um die Plätze werden kaum ausgefochten. Alles verträgt sich recht gut miteinander, und die erwachsenen Hüter, wenn überhaupt welche auf den benachbarten Bänken sitzen, haben wenig Gelegenheit, mit schiedsrichterlicher Miene einzugreifen. Freilich, Tränen gibt's oft, aber sie versiegen ebenso schnell wie sie in Kinderaugen kommen.

Ein buntes Treiben, dem man gern zuschaut. Man lernt das Kind beim Spiel, wenn es sich unbeobachtet wähnt, am besten kennen. Aber sie sollen unter sich bleiben: Karl, Max, Anni, Paul, Willi, Hubert, Franz, Lene, und wie sie alle heißen, die sich da ihre Märchenschlösser bauen. Wir Grossen verstehen nichts davon, stören sie nur mit unsern allzu genauen Gedanken. Die Freiheit im Kinderlande dauert nur kurze Zeit. Dann versinkt der Spielplatz, und aus Sandburgen werden Fabriken; aus fröhlicher Karussellfahrt wird ein mühseliger Gang durchs Leben.

O.F.H.

SPD. Gesundheitsschädliche Zahnpastentuben.^x Das Reichsgesundheitsamt hat auf eine Anfrage, ob Weibaltige Zahnpastentuben gesundheitsschädlich seien, mitgeteilt, dass "zur Herstellung von Metalltuben zur Aufbewahrung von Lebens- oder Arzneimitteln Metallegierungen, die mehr als 1 Hundertstel Blei enthalten, nicht verwendet werden dürfen. Metalltuben zur Aufbewahrung von kosmetischen Mitteln müssen, falls sie aus einer Metallegierung hergestellt sind, die mehr als 1 Hundertteil Blei enthält, an der Innenseite durch Plattieren mit einem Ueberzug aus Zinn in solcher Weise versehen sein, dass der Inhalt mit dem Metall der Tube nicht in unmittelbare Berührung kommt".-- Es dürfen also auch zur Aufbewahrung von Zahnpasta nur zinnplatierte Bleituben benutzt werden, die höchstens so minimale Bleimengen abgeben, dass nach den Erhebungen des Reichsgesundheitsamtes eine Gefährdung hierdurch ausgeschlossen erscheint. Nach den neuesten Erfahrungen über schwere Gesundheitsschädigung durch Aufnahmen auch minimaler Metallmengen in den Körper während eines längeren Zeitraums dürfte es sich allerdings empfehlen, diese Ergebnisse immer wieder nachzuprüfen und der ganzen Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

SPD. Das altrömische Ghetto.^x Bei dem Neubau Roms nach dem vom römischen Governaturat ausgearbeiteten Stadtplan wird auch das altrömische Ghetto, fast der älteste Stadtteil Roms, dessen Entstehung bis ins 11. und 12. Jahrhundert zurückreicht, verschwinden. Dieser Stadtteil liegt am Fusse des kaptolinischen Hügels unweit des Colosseums und reicht bis zum Tiberflusse hinab. Auch heute wird er wesentlich von jüdischen Familien bewohnt, die teilweise aufs dürftigste hausen. Ganze Familien, alte Frauen, arbeitende Männer, Kinder hausen oft in einem einzigen Raume, der halbdunkel und höhlenartig ist. Vielfach wird hier noch Althandel betrieben, auf den ja die Juden früher beschränkt gewesen sind. Nach dem Kriege hat sich hier ein besonderer Handel mit kostbaren Stoffen aus der Renaissancezeit, Brokaten und ähnlichem, Silberschmiedearbeiten, Büchern, Möbeln usw. entwickelt, der einen Mittelpunkt auf dem Markte von Campo Fiore gefunden hat. Hier wird auch noch eine eigentümliche Abart jenes römischen Dialekts gesprochen, der sich im Laufe der Jahrhunderte bei den im Ghetto eingeschlossenen Juden entwickelt hat und gewissermassen ein Gegenstück zum Jiddisch der Ostjuden bildet.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 29. September 1930.

Der langweilige Mann.^x

Von V. Gross.

SPD. Tischler Mortensen war ein ehrenwerter Mann. Über zwanzig Jahre hatte er bei demselben Tischlermeister gearbeitet, war nie arbeitslos gewesen, hatte sich nie einen angetrunken, hatte nie seiner Frau eine Ohrfeige versetzt - er war so anständig, so ordentlich, dass Frau Mortensen sich fast genierte, darüber zu den andern Frauen im Hause zu sprechen.

In diesem Hause wohnte nun nicht gerade irgendwelches Pack - nein - es waren aber Leute - na ja - wie man sie meistens in den Seitenstrassen der Vorstadt antrifft - aber jedenfalls - die übrigen Männer waren doch anders. Das wusste Frau Mortensen ganz genau. Sie war fünfzehn Jahre jünger als ihr Mann - Lebensmut und Lebenskraft erfüllten sie; aber was half das alles. Sie siechte fast dahin im Schatten seiner Wortkargheit und Müdigkeit. Manchmal sprach sie darüber mit Frau Björnbak - das war ihre Nachbarin, eine grosse, robuste Frau - und ihr Mann war Kohlenarbeiter, ein Riese von Gestalt. Wenn er nüchtern war - und es muss zu seiner Ehre gesagt werden: er war es oft -, dann war er der herrlichste Mann unter der Sonne. Frau Björnbak sagte das nicht ohne Stolz. Aber sie verheimlichte auch nicht, dass ihr Mann unter dem Einfluss von Alkohol unberechenbar war. Eine harmlose Bemerkung konnte ihn dann ganz rasend machen und liess das Unmöglichste von ihm erwarten. Einen Tag später bedauerte er alles - und dann erlebte Frau Björnbak stets einen ihrer grossen Tage. Vielleicht war sie blau und grün geprügelt, aber sie lachte, wenn sie Frau Mortensen die Flecke zeigte.

"Sie können denken, was Sie wollen, Frau Mortensen; es hat mächtige Sengen gegeben - au wei! - Sie können von ihm denken und halten, was Sie wollen - aber langweilig - nee - das ist er nicht! Und - ich liebe ihn wahnsinnig - denn er ist ein richtiger Kerl!"

Frau Mortensen duckte sich. Sie stand wie vor etwas Unerreichbarem - ihr Mann blieb sich immer gleich, war immer so ordentlich und schicklich - immer gleich langweilig. Ihr ganzes Leben war so grau und eintönig - keine Hoffnung war vorhanden, dass es jemals anders werden würde - sie beneidete geradezu Frau Björnbak.

Seitdem ihr Mann sich nun erst gar einen Radioapparat angeschafft hatte, wurde es ganz schlimm. Nur ein Interesse füllte sein ganzes Leben aus: das Radio. Wenn er sein Essen hinuntergeschlungen hatte, setzte er sich an seinen Radiotisch und verweilte dort, bis er zu Bett ging. Er sprach nicht, denn er musste ja hören - redete man ihn an, so wurde er verstimmt.

Das alles schilderte Frau Mortensen ihrer Nachbarin an einem Sonnabend Morgen - es war reinweg zum verzweifeln.

"Tja - was soll man dazu sagen -" meinte Frau Björnbak nachdenklich. "An Ihrer Stelle würde ich den ganzen Radioapparat kurz und klein schlagen."

"Der hat aber doch fast dreihundert Kronen gekostet," seufzte Frau Mortensen, "und was hilft's denn; wenn ich ihn demoliere, dann baut er sich ja doch nur einen neuen."

"Ja, das wird er wohl tun. Das muss traurig sein, mit so einem Tranpott verheiratet zu sein! Aber jetzt will ich Ihnen mal was sagen, Frau Mortensen! Es bleibt nichts anderes übrig - Sie müssen ihn erziehen - ja - erziehen. Wenn

er heute Abend nach Hause kommt, geben Sie ihm zu essen, ganz wie immer. Dann fangen Sie an, mit ihm zu sprechen. Geht er dann aber wieder an seinen Radioapparat, so werden Sie wütend. Sie sagen ihm einfach, dass jetzt Schluss wäre, dass Sie diese Albernheiten satt hätten - er sollte machen, dass er hinauskäme. - Sie können ihn ja in die Küche kommandieren und ihm sagen, er sollte abwaschen. Dann wird er seinerseits wütend werden, aber sobald er nur den Mund aufmacht, stürzen Sie sich auf ihn und hauen ihm eine runter. Aber feste! Eine die sitzt. Dann kommt das Rad schon ins Rollen. Sie bekommen eine Tracht Prügel - aber was macht's? Morgen ist Sonntag. Da kochen Sie ihm sein Leibgericht und reden ihm gut zu - und dann werden Sie schon sehen - dann wird er so lieb und nett, dass es eine Lust ist..."

Frau Mortensen grübelte über diesen guten Rat nach. So hatte sie sich die Sache nun doch nicht vorgestellt. Aber vielleicht hatte Frau Björnbak Recht. Die Hauptsache war auf alle Fälle, dieser entsetzlichen Langeweile ein Ende zu bereiten.

"Vielleicht haben Sie Recht," sagte sie gedehnt. "Er muss wohl irgendwie aufgemöbelt werden - das ist alles."

"Ja, ja, so ist's," meinte Frau Björnbak. "Sie werden schon sehen - es wird schon klappen." - -

Am Abend, eine halbe Stunde, nachdem Mortensen nach Hause gekommen war, stürmte Frau Mortensen in Frau Björnbaks Wohnung.

"Ach, das ist ja schrecklich - nicht auszudenken - was fange ich nur mit ihm an - was soll ich bloss machen?"

"Ist er fuchsdeubelswild?" erkundigte sich Frau Björnbak sensationsgierig. "Zertrümmert er die Möbel? Schmeisst er das Küchengeschirr entzwei? Klirren die Fensterscheiben? Biegen sich die Balken? Kommt die Polizei???"

"Fuchsdeubelswild?" kreischte Frau Mortensen. "Wenn der Himmel das nur so fügen wollte! - Nein - nein! - Er - er - steht wahrhaftig in der Küche und wäscht das Geschirr ab - wäscht das Geschirr ab..."

(Aus dem Dänischen übertragen von Ml.Henniger.)

Jacques Offenbach.

(Zu seinem 50.Todestag am 5. Oktober.)

SPD. Auf dem Montmartrefriedhof in Paris liegen, nicht weit voneinander entfernt, die Gräber zweier deutscher Künstler, die in Paris ihre zweite Heimat gefunden hatten. Auch die Geburtsorte dieser beiden, durch ihr Rheinländer-tum und ihr Judentum von vornherein zu Mittlern zwischen deutscher und französischer Kultur bestimmten Künstler - Düsseldorf und Köln - liegen dicht beieinander. Diese Gemeinsamkeit des Lebensweges ist keine zufällige äusserliche Erscheinung. Werk und Persönlichkeit des Dichters Heinrich Heine und des Komponisten Jacques Offenbach zeigen eine enge Geistesverwandtschaft. Auch ihre Rolle in der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs weist manche Ähnlichkeit auf. Freilich ist Heine im innersten Kern seines Wesens ganz deutsch geblieben, während Offenbach sich sehr stark französischer Art angenähert hat.

Vierzehnjährig kam Offenbach, der Sohn eines Kölner Synagogensängers, bereits unter dem "Bürgerkönigtum" nach Paris. Dank seiner gründlichen musikalischen Vorbildung fand er Aufnahme im Pariser Konservatorium. So wurzelt er schon in seiner Ausbildung und künstlerischen Entwicklung in der französischen Tradition. Später wurde er Mitglied des Orchesters des französischen Staatstheaters.

Bald regte sich in dem jungen Musiker der Drang zu eigenem künstlerischem Schaffen. Um ihm eine Betätigungsmöglichkeit zu eröffnen, gründete er unter mancherlei Mühen und Schwierigkeiten ein eigenes Theater, ein kleines Sing-

spielhaus. So entstanden die "Bouffes Parisiens", die erste Stätte von Offenbachs künstlerischen Triumpfen. Nicht mehr als jeweils drei Mirwirkende zu beschäftigen, wurde dem frischgebackenen Theaterunternehmer anfangs erlaubt. Eine Fülle der reizvollsten, einprägsamsten musikalischen Einakter ist die Frucht dieser ersten Schaffensperiode Offenbachs, von denen manche noch heute auf den Bühnen und im Rundfunk ihre Lebenskraft bewahren. In ihrer Entstehungszeit sang und piff ganz Paris ihre flotten, so ungemein gefälligen Melodien.

Erst einige Jahre später fand Offenbach das Schaffensgebiet, auf dem er seine ganze Begabung entfalten konnte. Materielle Not zwang ihn zu grösster Fruchtbarkeit und zur Schaffung abendfüllender Werke. Ein günstiges Geschick bescherte ihm Textdichter, die ihm überaus wirksame Vorwürfe zur Vertonung lieferten. Damals begann die "grosse Oper" mit ihrer geschwollenen Pathetik das Publikum zu langweilen und zu ermüden und reizte förmlich zur Parodie. So kam Offenbach dem Zeitgeschmack entgegen, als er - gestützt auf ein geistreiches Textbuch von Hector Crémieux - seine Buffo-Oper "Orpheus in der Unterwelt" schuf. Die Uraufführung dieses Werkes, das einen ungeheuren Erfolg erlebte, ist die Geburtsstunde einer ganz neuen Gattung musikalischer Bühnenwerke, die bald in Paris und Wien unter der Bezeichnung "Operette" eine grosse Blütezeit erlebte, um in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu verflachen.

In schneller Folge erstanden nun alle jene musikalischen Komödien, die noch heute das Entzücken aller Theaterbesucher bilden. Selbst die heute beinahe vom Spielplan verschwundenen Werke zeigen Reize, die die geniale Begabung ihres Schöpfers erkennen und eine gelegentliche Auffrischung lohnend erscheinen lassen. Ähnlich wie etwa ein halbes Jahrhundert später Bernard Shaw entlarvt Offenbach mit frecher und doch immer anmutiger Ironie die hinter der Übermenschensepose versteckte Alltagskleinheit der Helden mythologischer, legendenhafter und historischer Stoffe - so in der "Schönen Helena", im "Blaubart", in der "Grossherzogin von Gerolstein", in der "Genoveva von Brabant", in der "Seufzerbrücke", in der "Frau Erzherzogin", in den "Banditen", im "Robinson", in der "Prinzessin von Trapezunt". Im Grunde sind ja in den Kostümen - wie auch bei Shaw - Menschen des 19. Jahrhunderts, Menschen der Pariser Gesellschaft des "Zweiten Kaiserreichs" mit seinen Ausschweifungen, seinen Klassengegensätzen, seinem Schiebtertum verborgen. Im Gewande ihrer Zeit erscheinen diese Menschen in der Operette "Pariser Leben". Es steckt immer ein gutes Stück Sozialkritik in diesen Werken, wie ja auch Offenbach als menschliche Persönlichkeit eine starke soziale Gesinnung bewährt und den geringsten Bühnenarbeiter in gleichem Masse an seinen Erfolgen hat teilnehmen lassen wie den gefeiertsten Sänger.

Es war gewiss ein Glück, dass Offenbach so geschickte Textverfasser - neben Crémieux vor allem Meilhac und Halévy, die konkurrenzlosen Librettisten der komischen Oper - gefunden hat. Aber ihren eigentlichen Dauererfolg verdanken seine Operetten doch seinen unerschöpflichen musikalischen Einfällen, die umso erstaunlicher anmuten, als sie stets ausserordentlich einfach sind. Auch in der Instrumentation weiss er mit ganz bescheidenen Mitteln die stärksten Wirkungen zu erzielen. Dabei ist der Tonsatz keineswegs nachlässig, sondern zeigt immer die Gediegenheit des ernsthaften Musikers. Der unwiderstehliche Reiz von Offenbachs Schöpfungen liegt vor allem in der Verbindung von Melödienreichtum mit schmissiger, mitreissender Rhythmik und eleganter, einschmeichelnder, niemals benaler oder trivialer Lyrik. Oft hören wir Arien und Ensembles von kunstvollem lyrischem und musikdramatischem Aufbau; man denke nur beispielsweise an das grosse Duett zwischen Paris und Helena in der "Schönen Helena"! Aber immer gibt der Komponist der Operette, was der Operette ist: die heitere Grundstimmung. Die heute vielfach übliche falsche Sentimentalität ist Offenbach fremd. Gerade daraus erklärt es sich, dass seine gelungensten Werke immer wieder in textlicher Erneuerung aufgeführt werden, bei der nur einige allzu zeitgebundene, heute nicht mehr recht verständliche Anspielungen sinngemäss durch aktuelle Scherze ersetzt zu werden brau-

chen. In dem humoristischen, ironischen und parodistischen Element offenbart sich auch besonders die Geisterverwandtschaft dieses Komponisten mit seinem Landsmanne Heine.

Dass Offenbach kein reiner Spassmacher, sondern ein sehr ernsthafter Künstler ist, zeigt er in seinem letzten vollendeten Werke, der phantastischen Oper "Hoffmanns Erzählungen", deren Aufführung er nicht mehr erlebt hat. Die Originalität seiner Kunst ist hier zu höchster Vollendung gelangt. Man wird sich die romantische Erotik, aber auch die Dämonie - Kapitän Dapertutto (Spiegel-Arie) und Doktor Mirakel - der Erzählungen des "Gespenster-Hoffmann" kaum eindringlicher musikalisch charakterisiert vorstellen können, als es hier geschieht. Heute gehören "Hoffmanns Erzählungen" in der ganzen Welt zu den beliebtesten Werken des Opernspielplans. So oft man ein Werk Offenbachs hört, erschliessen sich dem Zuhörer immer wieder neue Reize. Darin zeigt sich am deutlichsten, wie lebendig seine Tonkunst bis heute geblieben ist und noch lange bleiben wird.

Dr. Wilhelm Bolze.

Wie gross ist die Welt?^x

SPD. Mit blossem Auge kann man, je nach dem Orte der Beobachtung und der Scharfsichtigkeit des beobachtenden Auges, 2000 bis 4000 Sterne zählen. So viele waren auch bereits in der fernrohrlosen Zeit bekannt, und es stellt der Gewissenhaftigkeit und dem Sehvermögen der Astronomen des Altertums ein ehrenvolles Zeugnis aus, dass schon der ptolemäische Sternenkatalog an 4000 Sterne enthält, darunter solche, die heute nur noch die wenigsten Menschen mit blossem Auge erblicken können. Ein solcher Magier auf seinem Sternentum zu Alexandrien oder Susa muss eine wunderbare Konzentration des Geistes und eine ungläubliche Geschlossenheit seines Denkvermögens besessen haben. Es ist für mich eine der ehrwürdigsten Vorstellungen, wie der Astronom im Altertum ohne alle Hilfsmittel in seiner Einsamkeit fast den ganzen Bau und die Bewegungen im Kosmos richtig, oft mit fabelhafter Genauigkeit zu erkennen vermochte und daraus die richtigen Schlüsse zog, Man hat ganz Recht gehabt, wenn man darauf aufmerksam machte, wie wenig Ursache man habe, von einer geistigen Höherentwicklung seit jener Zeit zu sprechen. Welche astronomischen Kenntnisse verraten sich noch im Bau der Cheopspyramide! Da ist es schon selbstverständlich, wenn in der Sonnenreligion des ägyptischen Königs Amenhotep IV. die Vorstellung vom Weltgebäude eigentlich der modernen Lehre entspricht.

Unsre Zeit ist jenen Alten nur in der Ausbreitung, nicht aber in der Vertiefung der Kenntnisse überlegen. Daher kommt es, dass wir nichts prinzipiell Neues erfahren haben, als der astrophotographische Kongress zu Paris im Jahre 1887 beschloss, eine allgemeine photographische Himmelsaufnahme an 18 Observatorien mit gleichen Instrumenten zu beginnen. Nach diesem Arbeitsplan wurden 20 626 Platten von einer Stunde Expositionsdauer angefertigt, auf denen alle Sterne bis zur 13. Grössenklasse vorhanden sind. Mit freiem Auge erkennt man sie nur bis zur 6. Grössenklasse. 30 Millionen Sterne wurden auf diese Weise am Firmament festgestellt, während selbst die besten Fernrohre nur mehrere hunderttausend wahrzunehmen gestatten. Natürlich ist auch das noch nicht der Umfang des gesamten Seins, dem die grossen Denker aller Zeiten wie Demokrit, Swedenborg, aber auch Kant Unendlichkeit, also eine unzählbare Menge Sterne zusprachen.

Der französische Astronom Hermite ersann daher eine andere Methode, um noch tiefer in den Kosmos eindringen zu können. Auch er beobachtete das Kapteyn'sche Phänomen insofern, als die Zahl der Sterne von einer Grössenklasse zur anderen nach einer stetigen Proportion wächst. Er mass nun den Gesamtbetrag des von jeder Klasse Sterne ausgesandten Lichtes. Wenn er mit der

so erhaltenen Summe die wirkliche Intensität des Sternenlichtes verglich, das jeder, der es einmal in einer schneelosen, sternklaren Winternacht beobachtete, überraschend hell gefunden haben wird, so kam er zu der Annahme, dieses Licht müsse von 60 Billionen Sonnen stammen.

Ueber die Anordnung dieser Sterne im Weltraum machte man sich ebenfalls ein bestimmtes Bild nach dem Vorgang des Engländers Newcomb, der auf folgende Tatsachen die Aufmerksamkeit lenkte: Innerhalb eines Radius von 400 000 Erdbahn-Halbmessern scheint es ausser der Sonne nur noch eine Sonne (nämlich St. Centauri) zu geben. Wäre nun das Weltall gleichförmig, so müsste es in einer Kugel von doppeltem Radius den Kubus dieser Zahl, d.h. 8 Fixsterne geben. Bei dreimal grösserem Radius 27 usw. Tatsächlich stimmt die Beobachtung mit dieser Annahme überraschend gut überein, und so glaubt Newcomb, dass fünfhundert solcher konzentrischer Kugeln alle wahrnehmbaren Sterne einschliessen, die gleichmässig verteilt in einer Welt von etwa 3300 Lichtjahren Durchmesser schweben. Von diesen Vorstellungen weichen die sogenannten See- liger'schen Sternengesetze nur teilweise ab, mit denen der Münchener Astronom Seeliger um 1908 durch rein statistische Sternzählungen ohne Hilfshypothesen versuchte, die Gesetzmässigkeiten des Himmelsbaues festzulegen,

Nach den "Sternezeichnungen", d.h. genauen Auszählungen, die seit Wilhelm Herschel (18. Jahrhundert) auch andere Sternforscher vorgenommen haben, liess sich für die ersten zehn Grössenklassen unter Annahme gleicher Verteilung und Helligkeit das erste Gesetz feststellen. Die Anzahl der Sterne zwischen den Grössenklassen 6 bis 9 nimmt langsamer zu, als es der normalen Annahme entsprechen würde, ebenso die der Kategorien 1 bis 5. Dagegen nimmt die Zahl dieser Sterne gegen die Milchstrasse stetig zu. Diese ist also keine optische Täuschung, wie jene glauben, die annehmen, dass unsere Erde in einer Art "Weltlinse" stecke, deren Rand wir erblicken, wenn wir in das Sternengewimmel der Milchstrasse schauen. Nach Seeliger ist eine reale Anhäufung von Sternen in der Milchstrasse vereinigt. Nur gilt das alles nicht für die 2. bis 5. Grössenklasse, in der die Sterne gegen die Milchstrasse zu an Zahl eher abnehmen. Seeliger meint also, dass die Sterne nicht ganz gleichförmig verteilt sind und schliesst daraus: Alle Sterne bilden zusammen ein einheitliches System, das aber endlich begrenzt ist, da sich Unendlichkeit nicht mit dem beobachteten Verteilungsgesetz decken würde. Dieses System nennt er den Fixsternhimmel und meint, er habe die Gestalt eines Rotationsellipsoids, dessen Aequator die Milchstrasse ist und etwa 25 000 Lichtjahre umspannt, während die kürzeste Achse etwa halb so gross ist. Die hellen Sterne stehen darin gleichmässig angeordnet. Dagegen sind die 12. bis 14. Grösse namentlich in der Milchstrasse dichtgedrängt, etwa zwanzigmal dichter als sonstwo. Der matte Schimmer der Milchstrasse rührt von den schwächsten Sternen her.

Alle Fixsterne sind wie unsere Sonne gross und hell. Alle Abweichungen gehen nicht über 50% nach der einen oder anderen Richtung hinaus. Nur einige Giganten sind etwa zehntausendmal heller als unsere Sonne. Die "Welt" zeigt also eine gewisse Einförmigkeit. Das Wichtigste an Seeligers Annahmen ist aber, dass er Nebelflecke und Sternhaufen nicht, wie Herschel und auch Kant es wollen, für Weltinseln nach Art der Milchstrasse hält, sondern sie in unser Fixsternsystem einordnet. Seine Hauptbeweise dafür sind, dass sie gleiche Radialgeschwindigkeiten und auch ein Spektrum besitzen, das dem kosmischen entspricht.

Wie man sieht, widersprechen sich die Forschungen und Folgerungen in einigen Punkten. In anderen, nicht weniger wichtigen jedoch stimmen sie überein. Hält man sich allein an das Gemeinsame, so wird man weniger von der Wirklichkeit abirren, als wenn man nur auf einen Meister schwört.

R. France.

Sie halten fest und treu zusammen....

SPD. Man stelle sich einmal vor, dass ein Arbeiter auf der Arbeitsstelle verhaftet wird. Wem wird es einfallen, sofern die Ausweise der Polizeiorgane in Ordnung sind, der Justiz in den Arm zu fallen? Der Werkdirektion, den Vorarbeitern, den Kollegen? Niemand dächte daran. Dabei wird man nicht sagen können, dass es den Kollegen etwa an Solidaritätsgefühl mangle. Aber eine Verhaftung ist eine Sache für sich. Die Interessen der grösseren Gemeinschaft brechen die Interessen der kleineren. Staatsrecht bricht Gruppenrecht. Ueberall ist das so. Nur - - bei einer Stelle nicht: beim Militär. Man muss nur lesen, was die Vorgesetzten der Ulmer Offiziere angestellt haben, um die Verhaftung zu hintertreiben, wie sie sich gebärdeten, wie sie im Innersten getroffen waren. Landgerichtsdirektor Braune fährt auf dem Truppenplatz vor. Riesenaufrregung bei Oberst Beck, bei Kommandeur Hase: "Das geht doch nicht... auf keinen Fall... ich muss protestieren... das Ansehen des Heeres... höher als Verdachtsmomente steht mir das Wort meiner Offiziere..." (nebenbei bemerkt junger Herren von 26 Jahren, denen noch keine Gelegenheit gegeben war, das Goethewort wahrzumachen und sich im Strom der Welt einen Charakter anzueignen). Bei der Vernehmung wieder dasselbe Theater. Was dem geringsten meiner Kameraden geschieht, das haben sie mir getan...; das war der Grundton, auf den die Aussagen aller Uniformträger gestimmt waren. Sogar die jungen Offiziere, auf deren Angaben der Prozess fusste, kippten um, schwächten ab, retirierten.

Es ist ein altes Lied, doch ist es immer wieder neu: Sie kleben wie die Kletten zusammen, wie Syndetikon, wie die Atome der Elemente: niemandem ist noch die Zertrümmerung gelungen. Was geht hier nur vor? Als der Jornsprozess verhandelt wurde, schnarrte der Leipziger Reichsanwalt mit dem kleinen, fetten Bonvivantgesicht einmal hervor: "Ich habe mich innerlich gefreut, als ich sah, wie die Offiziere, die ich zu verhören hatte, eine Front gegen mich bildeten: Das war Kameradschaftlichkeit!" Paul Levi stand auf: "Kameradschaftlichkeit nennen Sie das? Spießsgesellentaktik war es!" Es ist der Irrtum des Militärs, den Begriff der Kameradschaftlichkeit zu weit zu spannen, jeglichen krassesten Gruppenegoismus in ihn mit aufzunehmen. Für Kameradschaftlichkeit sind wir alle. Kameradschaftlichkeit ist herrlich und schön, und das Soldatentum ist besonders auf sie angewiesen. Kameraden schwärzen sich bei anderen nicht an. Sie haben ein innerliches Verbundenheitsgefühl, sind Weggefährten, Gesinnungsbrüder. Kameraden werden von einer Idee zusammengehalten. Bei Spiesgesellen ist die Idee die Ausrede. Das Kollektiv ist um des Kollektivs willen da: es ist eine Versicherung auf Gegenseitigkeit. Kameraden harmonieren miteinander. Spiesgesellen disharmonieren untereinander mit der Welt. Das ist der Unterschied.

Wir haben einen Trost (wenn es einer ist!). Die Kastenhaftigkeit des Militärs ist keine spezifisch deutsche Angelegenheit, sondern eine internationale Erscheinung. In seinem neuesten Buche, das seine Gespräche mit Clémenceau enthält, informiert uns Jean Martet, des Tigers Sekretär, über Clémenceaus Meinung von den Militärs. Sie ist die denkbar schlechteste. "In den Generalstäben", sagt Clémenceau einmal, "beschäftigt man sich hauptsächlich damit, Papiere zu bekritzeln, aus denen man dann Dokumente für "die Geschichte" macht. Ich möchte dabei sein, wie sie die Papiere fälschen oder verbrennen." Jean Martet fragt: "Sie glauben wirklich, dass...." Clémenceau erwidert: "Lieber Martet! Ich habe gesehen, was sie während der Dreyfus-Affäre angestellt haben! Sie sind vor nichts zurückgeschreckt!"

Man kann wahrhaftig nicht sagen, dass Clémenceau, dieser schroffe Nationalist und wütende Defaitistenfresser, zu jenen gehöre, die etwa gefühlsmässig gegen die Uniform eingestellt seien. Aber Clémenceau wusste Bescheid. Sein Wort hat Gültigkeit. "Sie schrecken vor nichts zurück". Sie hauen sich gegen-

seitig aus der Patsche, wo und wie sie nur immer können. Wehe dem, der sich in das Gewebe ihrer "Kameradschaftlichkeit" verstrickt! Wie lange wird das noch gehen, dass sie alle nur einen Feind kennen: den Zivilisten?!

Hans Bauer.

Bäume registrieren Sonnenfleckenperioden.^x

SPD. Eine hochinteressante Feststellung wurde, wie C. Archenhold im "Weltall" berichtet, an uralten Bäumen in Nordamerika gemacht. Es ist bekannt, dass man mit Hilfe der Jahresringe das Alter der Bäume bestimmen kann. Je breiter nun ein Jahresring ist, desto mehr ist der Baum in dem betreffenden Jahre durch verschiedene Umstände in seinem Wachstum begünstigt worden. Temperatur, Sonnenschein, Niederschlag und Grundwasserstand sind die hauptsächlichsten Bedingungen, die das Wachstum beeinflussen. Die Jahresringe stehen deshalb mit den klimatischen Verhältnissen der einzelnen Jahre in engstem Zusammenhange. Dadurch bekommt man bei den Untersuchungen alter Bäume auch ein Bild von den Klimaverhältnissen längst vergangener Zeiten.

Da die periodisch wiederkehrende Sonnenfleckenhäufigkeit sich durch verschiedene Erscheinungen, wie anormale Witterungslage und anderes, im Erdscheitens widerspiegeln, so müssen sich diese Erscheinungen bei Methusalems der Pflanzenwelt, die im Laufe ihres langen Daseins doch häufig durch Sonnenfleckenperioden in ihrem Wachstum beeinflusst wurden, auch heute noch feststellen lassen. Tatsächlich hat die Analyse des Wachstums verschiedener Baumarten neben anderen Perioden auch deutlich eine elfjährige gezeigt, die mit der Sonnenfleckenperiode übereinstimmt. Die Schwankungen der Sonnenstrahlung infolge der Sonnenfleckenaktivität sind hier in den Jahresringen der uralten Bäume registriert worden. Es gibt 3000 Jahre alte Mammutbäume, die die Wirkung der Sonnenfleckenperiode mit aller Deutlichkeit widerspiegeln. Es scheint, als wenn das ganze Weltgeschehen sich in kleineren und grösseren Perioden abspielt, und dass es auch im Völkerleben Perioden gibt, die sich durch besondere Geschehnisse kennzeichnen. Aber für den kleinen, kurzlebigen Bewohner des Erdensterns wird es nur sehr schwer möglich sein, den Pulsschlag der Welt zu ergründen.

Heiliges Amerika!^x

SPD. Die europäische Presse hat ein grosses amerikanisches Ereignis unbemerkt gelassen. Die Vereinigten Staaten haben nun endlich ihre ersten wirklichen, vatikanisch approbierten Heiligen - keine Scheinheiligen, und sogar gleich acht an der Zahl - erhalten! Einem tief empfundenen Bedürfnis wurde Rechnung getragen.

Am 29. Juni dieses Jahres hat der Papst acht Jesuitenpatres, die vor etwa dreihundert Jahren den Indianern Nordamerikas die Tröstungen des Christentums überbrachten, während die anderen Abgesandten Europas mit Feuergewehren und Feuerwasser anderweitig um das Wohl der Wilden bemüht waren, endgültig und unwiderruflich für heilig erklärt. Es war auch in der Tat ein unerträgliches Zustand, dass die an sonstigen Gütern reich gesegneten Vereinigten Staaten bisher keinen einzigen echten U.S.A.-Heiligen aufzuweisen hatten. Dass der Heiligsprechungsprozess dreihundert Jahre währte, mag dem Laien vielleicht etwas allzu gründlich erscheinen, ist aber eigentlich ein echt amerikanisches Tempo zu nennen, wenn man bedenkt, dass die Jungfrau von Orleans gar fünf Jahrhunderte

te und andere Heilige noch länger auf die Kanonisation warten mussten....

Die amerikanischen Zeitungen benützen den Anlass der Heiligsprechung, um daran zu erinnern, dass kraft der persönlichen Fürbitte der Heiligen bereits zahlreiche Kranke und Bresthafte durch den Besuch der Gräber der Jesuitenpatres (die bei ihrem Tode erst sozusagen Heiligen-Kandidaten waren) vollkommen gesund geworden sind. Die Herren Dr. Eugen St. Jack, Dr. L. E. Fortier und Dr. Robert haben diese Tatsache - bitte sehr! - vor der zuständigen vatikanischen Behörde einwandfrei bezeugt. Auriesville (New York) und Midland (Ontario) heissen die Orte, denen solche wunderbaren Heilerfolge nachgerühmt werden.

Schreckliche Aussichten für Konnersreuth, Lourdes und die anderen Gnadenkurorte Europas! Welcher Amerikaner wird in der Zeit tiefstgesunkener Börsenkurse noch die Kosten einer Europareise auf sich nehmen, wenn in seinem eigenen Vaterlande gleich zwei Wunderkurorte ihre Wirksamkeit mit päpstlicher Genehmigung eröffnet haben? Auch Zeileis wird nichts zu lächen haben.

Und dabei bedenke man noch, dass amerikanische Heilige eine ganz andere Efficiency (Wunderwirkung) an den Tag legen als ihre europäischen Kollegen!

Leo Korten.

Astronomische Ereignisse im Oktober.^x Im Monat Oktober erleben wir zwei astronomische Ereignisse, eine Sonnen- und eine Mondfinsternis, die wie immer für die Wissenschaftler und Sternfreunde der Erde von Bedeutung und Interesse sind. In der mitteleuropäischen Nacht vom Dienstag, dem 21., auf Mittwoch, den 22. Oktober, erfolgt eine Sonnenfinsternis, die demnach in unsern Gegenden nicht sichtbar sein wird. Im südlichen Teile des Pazifischen Ozeans ist die Finsternis total, während sie in Ostaustralien und an der Südspitze Südamerikas partiell ist. Eine grössere wissenschaftliche Bedeutung wird diese Finsternis freilich kaum haben, da die Totalitätszone sehr ungünstig, nämlich gerade im Ozean, liegt. Die am Dienstag, dem 7. Oktober, stattfindende Mondfinsternis, deren Sichtbarkeitsgebiete Asien, Australien, Indischer Ozean, Europa und Afrika sind kann jedoch auch in Deutschland in ihrem ganzen Verlaufe verfolgt werden. Sie beginnt um 19 Uhr 46 Minuten und endet um 20 Uhr 27 Minuten. Die Verfinsterung durch den Erdschatten ist hier nur eine teilweise. Die Verdunkelung am Nordrande des Mondes beträgt zur Zeit der stärksten Beschattung um 20 Uhr 6 Minuten etwa 3 Prozent. Diese teilweise Verfinsterung ist also viel weniger auffällig als eine totale. Aufmerksame Beobachter werden sie aber trotzdem bei klarem Himmel gut beobachten können.

Eichhörnchen als Sammler.^x Ein eigenartiger Fund wurde kürzlich auf einem amerikanischen Golfplatz, in New Montreal, gemacht. Arbeiter, die mit der Ausbesserung des Platzes beschäftigt waren, fanden in der Höhlung eines Baumstumpfes 120 Golfbälle, die hier von Eichhörnchen zusammengetragen worden waren. Aus der Fabrikmarke einzelner Bälle liess sich feststellen, dass die Eichhörnchen schon gleich nach der Fertigstellung des Golfplatzes, vor 7 Jahren, mit ihrer Sammeltätigkeit begonnen hatten.

Ein schöner Trost.^x "Na", fragt leutselig der Doktor, "wie steht's denn heute Morgen?" - "Ganz gut Herr Doktor", meint die Kranke. "Nur das Atmen macht mir Sorge."

"Na, das werden wir mit Hilfe der ärztlichen Wissenschaft schon abstellen."
